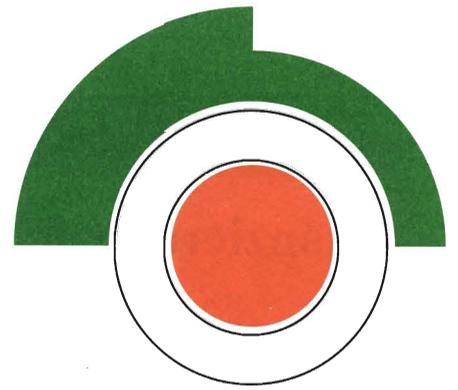


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern21



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 12.12.2000

## WORT UND WIDERWORT

### Welche Zukunft hat die Altlastensanierung in NRW?

Nur wenn in der Abfallwirtschaft wieder anhand von ökologischen Kriterien zwischen Verwertung und Beseitigung unterschieden werde, steige auch die Bereitschaft der Wirtschaft, sich an freiwilligen Modellen zur Altlastensanierung zu beteiligen. Die SPD habe die Kommunikation mit den Unternehmen aufgenommen und fordere die Beteiligung der Wirtschaft auch ein. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Bernhard Kasparek**. Der CDU-Abgeordnete **Hans Peter Lindlar** betont, die Union fordere SPD und GRÜNE auf, endlich über ihren ideologischen Schatten zu springen und zusammen mit Wirtschaft und Kommunen eine freiwillige Vereinbarung zur Finanzierung der Altlastensanierung in NRW abzuschließen, damit der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) seine Arbeit wieder aufnehmen könne. Der FDP-Abgeordnete **Holger Ellerbrock** meint, die Finanzierung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbandes sei derzeit nicht gesichert, und so seien die Existenz dieses wichtigen Verbandes, Arbeitsplätze und Investitionen in den Freiraumschutz bedroht. Damit stehe auch das Flächenrecycling, ein Markenzeichen des Landes, in Frage. Der GRÜNE-Abgeordnete **Johannes Remmel** bekräftigt, seine Fraktion halte weiter an dem in der Koalitionsvereinbarung erklärten Ziel fest, die Arbeitsfähigkeit des AAV sicherzustellen und gehe davon aus, dass es gelingen werde, die zukünftige Finanzierung des Verbandes durch eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft zu gewährleisten. (Seite 2)

## Ältere Menschen haben oft Probleme mit Neuen Medien

### Senioren auf der Datenautobahn

Die FDP wie auch die anderen Fraktionen wollen eine beträchtliche Zahl der etwa 3,8 Millionen älteren Menschen über 60 Jahre in NRW fit machen für die Informationsgesellschaft.

„Wir wollen Alte auf der Datenautobahn und nicht auf dem Abstellgleis“, betonte der FDP-Abgeordnete Christian Lindner bei der Beratung des Antrages seiner Fraktion „Senioren ans Netz“ zur Stärkung der Medienkompetenz von älteren Menschen. Das sehe man auch als ein Element des Generationendialogs an.

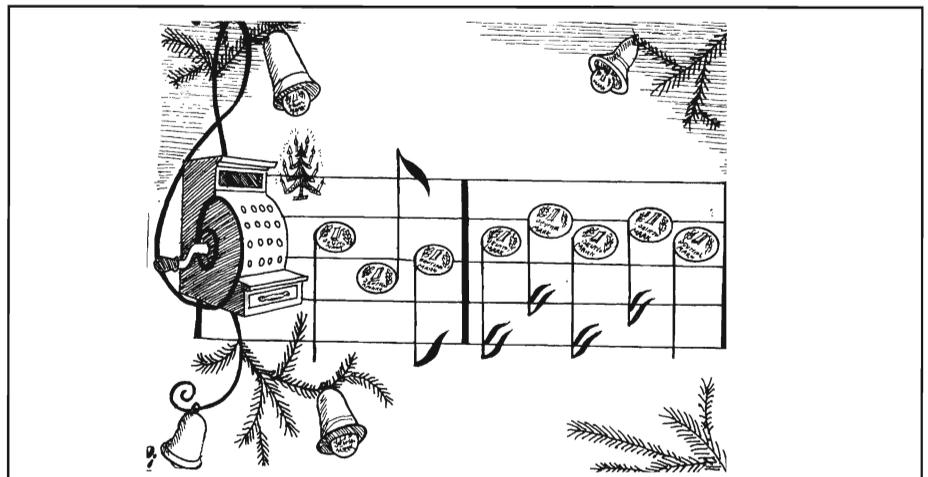
Die SPD-Abgeordnete Ina Meise-Laukamp erinnerte an das Projekt „Senioren OnLine“. Zudem fördere die Landesregierung schon jetzt bis zu 200 Projekte im Internetcafé-Bereich, besonders wichtig für den ländlichen Raum.

Für die CDU erinnerte Angelika Gemkow daran, vielen Menschen bereite neben technischen Schwierigkeiten häufig auch die englische Sprache Probleme. Software-Hersteller und Internet-Provider orientierten sich immer noch zu einseitig an jungen Zielgruppen.

Die GRÜNE-Abgeordnete Barbara Stefens gab zu den Bedürfnissen älterer

Menschen zu bedenken, ein Monitor könne das menschliche Gegenüber nicht ersetzen.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) unterstrich, bereits seit Anfang 1999 sei das Thema „Neue Medien und Senioren“ ein Schwerpunkt der Landespolitik.



Kling, Glöckchen, klin-ge-lin-ge-ling ...

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Haushalt 2001

Der Landtag hat in erster Lesung das Haushaltsgesetz 2001 beraten. Der Etatentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 93,3 Milliarden Mark vor. (Seite 3)

### Vizepräsident

Das Landesparlament hat Dr. Helmut Linssen als Nachfolger von Laurenz Meyer zum 1. Landtagsvizepräsidenten gewählt. (Seite 5)

### Modellvorhaben

Ein Modellvorhaben soll den Schulen des Landes mehr Selbstgestaltung und Selbstverantwortung einräumen. (Seite 8)

### Kinderhorte

Die CDU-Opposition hat eine intensive Förderung der Kinderhorte gefordert. Seit 1992 sind inzwischen 10 000 Horte eingerichtet. (Seite 12)

### UN-Standort

Im Hauptausschuss erfolgte die Bestätigung: Der UN-Standort Bonn wird „Campus Vereinte Nationen“. (Seite 13)

### Jahresrückblick

Der Jahresrückblick erinnert noch einmal an die Landtagswahl und weist auf neue Schwerpunkte wie die Medienpolitik. (Seite 21)

## WORT UND WIDERWORT

# Finanzierung der Altlastensanierung muss gesichert werden

Von  
Dr. Bernhard Kasperek

Gefahrenabwehr. Stopp der Zersiedlung und die Rückführung des Netobodenverbrauchs machen es erforderlich, Flächen wieder dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen, die zurzeit aufgrund Altlasten nicht zur Verfügung stehen. Deshalb muss die Altlastensanierung und das damit verbundene Flächenrecycling fortgesetzt werden.

Mit dem Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) hat Nordrhein-Westfalen ein vorbildliches Modell geschaffen, mit dem die Altlastensanierung und wichtige Ziele der Abfallwirtschaft zusammengeführt und wichtige Erfolge erzielt wurden. Das Lizenzmodell zur Finanzierung ist aus Zuständigkeitsgründen gescheitert. Das Prinzip der Gemeinschaftsfinanzierung mit der Wirtschaft muss aber mit einer neuer Organisationsform unbedingt fortgesetzt werden. Hierfür sind klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört die arbeitsfähige Organisation, eine längerfristige Finanzierung unter Beteiligung der Wirtschaft. Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft und sichtbare Erfolge in

### SPD: Eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft

der Altlastensanierung. Dazu gehört aber auch endlich Transparenz in die Abfallströme zu bekommen und sicherzustellen, dass gefährliche Abfälle tatsächlich in High-Tech-Behandlungsanlagen und auf High-Tech-Deponien gebracht werden.

Nur wenn in der Abfallwirtschaft wieder anhand von ökologischen Kriterien zwischen Verwertung und Beseitigung unterschieden wird, steigt auch die Bereitschaft der Wirtschaft, sich an freiwilligen Modellen zur Altlastensanierung zu beteiligen. Wir haben dazu klare Vorstellungen, wir haben die Kommunikation mit den Unternehmen aufgenommen und wir fordern die Beteiligung der Wirtschaft auch ein. Die Signale dazu sind positiv, dies ist gut und wir freuen uns!

Darüber hinaus gilt es im Interesse des Umweltschutzes und unserer Entsorgungsunternehmen, zu mehr Transparenz bei den Abfallströmen zu kommen. Deshalb fördert eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft sowohl die Transparenz als auch die Qualität der Entsorgung besonders gefährlicher Abfälle. Dies nützt sowohl dem Umweltschutz als auch dem fairen Wettbewerb. Im Dialog mit den Unternehmen ist dies ohne aufwendige Bürokratie sicherzustellen, damit Abfälle jeweils tatsächlich bei den bestgeeigneten Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen ankommen.

Dieses sind riesige Chancen für freiwillige Vereinbarungen. Die dürfen von niemanden unterlaufen werden. Staat und Wirtschaft sind jetzt gefordert!

Von  
Hans-Peter Lindlar

Die Politik der rot-grünen Landesregierung hat die Altlastensanierung in NRW in eine schwerwiegende Krise getrieben. Dabei kommt bei über 30 000 Altlasten bzw. Altlastverdachtsflächen in NRW der Altlastensanierung eine ökologische und ökonomische Schlüsselrolle zu. Viele Flächen sind in verkehrsgünstiger Lage in den Innenstädten, eine Sanierung birgt erhebliche Wertsteigerungspotenziale.

Das Versagen von Rot-GRÜN in NRW bei der Altlastensanierung hat viel mit Ideologie zu tun. SPD und GRÜNE wollten 1995 die Entgelte für die Entsorgung bestimmter Abfälle nach dem Lizenzmodell von jährlich 50 Millionen Mark auf 100 Millionen Mark im Sinne einer Lenkungsabgabe anheben, die das Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig kippte.

### CDU: Freiwillige Vereinbarung Nagelprobe für Umweltpakt

Dieses Urteil war absehbar. Doch was hat Rot-GRÜN zwischen Januar 1996 bis heute unternommen? Nichts. Die von der CDU mehrfach geforderte freiwillige Vereinbarung mit Wirtschaft und Kommunen als Alternative zum Lizenzmodell scheiterte am Starsinn von Ministerin Höhn. Statt Lösungen voranzutreiben, hat Rot-GRÜN jahrelang die Fiktion des Lizenzmodells im Landeshaushalt mit Luftbuchungen von 50 Millionen Mark aufrechterhalten. Auch der rot-grüne Koalitionsvertrag 2000 bringt keinen Neuanfang für NRW bei der Frage der Altlastensanierung. Weiterhin herrscht Sprach- und Ratslosigkeit. Die CDU fordert SPD und GRÜNE in NRW auf, endlich über ihren ideologischen Schatten zu springen und zusammen mit Wirtschaft und Kommunen eine freiwillige Vereinbarung zur Finanzierung der Altlastensanierung in NRW abzuschließen, damit der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband seine fachlich gute Arbeit endlich wieder aufnehmen kann. Ansonsten ist das rot-grüne Gerede von Nachhaltigkeit und Agenda 21/Umweltpakt ein groß angelegtes öffentliches Täuschungsmanöver.

Von  
Holger Ellerbrock

Trotz behördlicher Genehmigung, Bewilligung und Kontrolle von Produktionsbetrieben finden wir im Erbe des Industriezeitalters teilweise erhebliche Altlasten. Die Wirkungsmechanismen, die zu Altlasten geführt haben, waren in der Regel weder Gewerbe und Industrie noch Behörden bekannt. Es ist also nicht gerechtfertigt, Industrie und Gewerbe an den Pranger zu stellen. Trotz besten Bemühens lag keine Erkenntnisse vor, die auf die langfristigen Umweltschäden hindeuteten. Altlastensanierung ist also eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Problemlösung grundsätzlich von der Allgemeinheit zu finanzieren ist. Gewerbe- und Industrieansiedlung, Infrastrukturmaßnahmen und Wohnungsbau erfordern Fläche. NRW ist mit 500 Einwohnern pro Quadratkilometer doppelt so dicht besiedelt wie der Durchschnitt Deutschlands. Zu Recht kommt dem Freiraumschutz große Bedeutung zu. Deshalb ist es grund-

### FDP: Große Bedeutung für den Freiraumschutz

sätzlich sinnvoll, heute nicht mehr benötigte Brachflächen zu nutzen. Dies gelingt umso eher, wenn die vormals auf der Fläche angesiedelten Unternehmen sicher sein können, durch Altlastenuntersuchungen und -sanierungen nicht ungerechtfertigt angegriffen zu werden.

Die Wirtschaft hat sich auf Motivation durch die Politik letztlich bereit erklärt, sich zu engagieren. So wurde mit breiter politischer Mehrheit der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) gegründet. Er übernimmt die Sanierung von Altlasten, deren Verursacher nicht mehr zur Sanierung herangezogen werden können. Die Problemlösungskompetenz des AAV ist unbestritten. Wer Flächenrecycling will, muss daher auch zu diesem Verband mit all seinen Aufgaben stehen.

Die Finanzierung des AAV ist derzeit nicht gesichert, und so sind die Existenz dieses wichtigen Verbandes, Arbeitsplätze und Investitionen in den Freiraumschutz bedroht. Damit steht auch das Flächenrecycling in NRW, ein Markenzeichen unseres Landes, in Frage. Es ist Aufgabe der Landesregierung, vor allem von Umweltministerin Bärbel Höhn, schnell eine Lösung zu finden, mit der der Verband langfristig zu finanzieren ist. Sonst droht, dass weitere ansiedlungswillige Unternehmen auf die Grüne Wiese ausweichen.

Von  
Johannes Rimmel

Der Schutz der endlichen Ressource Boden ist eine zentrale Aufgabe für eine nachhaltige Politik, insbesondere in einem so dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen. Dies beinhaltet einerseits eine Minimierung des Flächenverbrauchs und den Schutz des Bodens vor dem Eintrag von Schadstoffen, andererseits gehört hierzu jedoch auch die Sanierung der vorhandenen Altlasten. Und angesichts der hohen Zahl von etwa 32 000 Altlasten-Verdachtsflächen in NRW, von denen bisher weniger als 10 Prozent saniert sind, wird deutlich, dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht, der einen hohen Finanzierungsbedarf mit sich bringt. Nachdem mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes eine wesentliche Säule der bisherigen Finanzierung dieser wichtigen Aufgabe nicht rechtskonform erklärt worden ist, gilt es daher nun, so bald wie möglich und im Konsens mit allen Beteiligten die ausreichende Finanzierung der Altlastensanierung sicherzustellen. Dabei muss es das

### GRÜNE: Arbeitsfähigkeit des AAV sicherstellen

Ziel sein, nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern vielmehr durch eine Optimierung der Zusammenarbeit der Akteure und die Beseitigung von Schwachstellen bei der Projektabwicklung zu einer verbesserten und beschleunigten Sanierung der Altlasten in NRW zu kommen.

In diesem Zusammenhang muss jedoch auch festgestellt werden, dass die Finanzierung der Altlastensanierung auch bisher nur zum Teil aus den Mitteln des nun für nichtig erklärten Lizenzentgeltes erfolgt ist. Vielmehr sind alleine vom Umweltministerium in den letzten Jahren 184 Millionen Mark für ein Förderprogramm zur Altlastensanierung bereitgestellt, mehr als die bis 1999 eingezahlten Lizenzentgelte in Höhe von etwa 164 Millionen Mark. Trotzdem bleibt der bisher aus dem Lizenzentgelt finanzierte Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) als Partner für Unternehmen und Kommunen eine wichtige Säule für die Altlastensanierung und Wiedernutzung von Brachflächen. Wir halten daher auch weiter an dem in der Koalitionsvereinbarung erklärten Ziel fest, die Arbeitsfähigkeit des AAV sicherzustellen, und wir gehen davon aus, dass es gelingen wird, die zukünftige Finanzierung des AAV durch eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft zu gewährleisten. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit durch bundesrechtliche Änderungen eine langfristige Sicherung der wichtigen Aufgabe der Altlastensanierung in NRW unterstützt werden kann.



Der Landtag überwies am 6. Dezember nach der 1. Lesung den Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2001 (Drs. 13/400) und des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG, Drs. 13/402) in Verbindung mit der Mittelfristigen Finanzplanung (Drs. 13/401) in die Ausschussberatung. In der mehrstündigen Debatte lösten sich die Rednerinnen und Redner zunehmend von den Haushaltsvorlagen und widmeten sich dem Schlagabtausch unterschiedlicher Meinungen über die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen, v.l. Helmut Diegel (CDU), Ernst-Martin Walsken (SPD), Jürgen Möllemann (FDP-Fraktionsvorsitzender), Edith Müller (GRÜNE, Vizepräsidentin des Landtags), Dr. Jürgen Rüttgers (CDU-Fraktionsvorsitzender), Edgar Moron (SPD-Fraktionsvorsitzender).

Fotos: Schälte

**Helmut Diegel** (CDU) erklärte, für den größten Landeshaushalt mit einem Volumen von 93,3 Milliarden Mark trage auch der Gesetzgeber, vor allem aber der neue Finanzminister Verantwortung, dessen versprochenes „Umkrempeln“ er jedoch vermisse. Statt sich an den Einnahmen (86 Milliarden Mark) zu orientieren wie jeder Bürger, steigere er die Schulden auf 168 Milliarden Mark, „ein einmaliger Negativrekord“. In NRW gebe es nur noch eine Schuldenverwaltung, 6,9 Milliarden Mark Nettokreditaufnahme (NKA) im Jahr 2001 sei nur möglich wegen der Rücklage in diesem Jahr. Die NKA müsse auf Null zurückgeführt werden. Steinbrück falle hinter die Ziele seines Amtsvorgängers Schleußer zurück. Die CDU fordere das konservative Prinzip nachhaltiger Finanzpolitik ein. Bayern und der Bund machten es vor. „Beenden Sie die Generationenungerechtigkeit in NRW!“, forderte Diegel und sagte, die Verfassungsgrenze der Verschuldung werde im Haushaltsvollzug 2001 überschritten werden. Der Haushaltsentwurf sei unausgegoren und unvollständig. Es fehlten der Landesbetrieb Straßenbau, der Liegenschaftsbetrieb, Forensik, Neubau des Regierungsviertels, Belastungen aus dem Bundesrat und Ausgaben für Lehrereinstellungen. Bei einer neuen Vorlage solle die Investitionsquote korrigiert werden, die mit 9,8 erstmals unter der „heiligen“ Grenze von zehn Prozent liege. Erschreckend seien auch die 38,5 Milliarden Mark Personalausgaben. Die CDU fordere, alle Subventionen auf den Prüfstand zu stellen.

**Ernst-Martin Walsken** (SPD) antwortete, eine Verdoppelung der Investitionen bedeute, für zehn Milliarden Mark Subventionen und Personal abzubauen, das wären 10 000 Arbeitsplätze. Verfassungskonform müsse der Haushalt bei der Einbringung sein. Im Vollzug richte er sich nach dem Gesetzgeber. Von den Schulden seien Straßen, Schulen, Universitäten gebaut worden. Die neue Bundesregierung habe den Steuerdschungel gelichtet und die Abgabenlast gebremst. Die Rentenreform mindere die Landeseinnahmen, aber sie verschiebe Lasten gerecht zwischen den Generationen. Die neue Sparkommission solle Einsparpotentiale aufstöbern. Die SPD-Fraktion stelle sich den Herausforderungen.

**Jürgen W. Möllemann** (FDP), Fraktionsvorsitzender, äußerte, das Parlament lasse sich

## Haushaltentwurf 2001 hart an Schuldengrenze

### Generaldebatte mit wechselseitigen Angriffen

Bequemlichkeit von der Regierung verordnen, da der Haushalt bereits als Broschüre veröffentlicht sei. Der halbherzige, perspektivlose Haushalt müsse grundlegend verändert werden. Die von der CDU kritisierten Quoten seien falsche Akzente. Auch gebe es eine Menge Ausgaben für rot-grüne Spielwiesen. Die Missstände an Schulen und Hochschulen seien Gründe für die Wahlniederlage der SPD und verursachten verlorene Chancen der jungen Generation. Bildung müsse erste Priorität erhalten. Wenn ein oder zwei Milliarden Mark bei der Größe des Haushalts nicht zu bewegen seien, könne die Politik abdanken. Gegen die Pest der Fremdenfeindlichkeit sollten Kinder mit kleineren Klassen und weniger Unterrichtsausfall immun gemacht werden. Die neuen Notlösungen der Ministerin seien Flickschusterei. Zu lange Schul- und Studiendauer seien vertane Zeit. Missraten sei auch die Verkehrspolitik. Dauerstau verursache Milliarden Schäden durch Arbeitszeitausfall und Umweltbelastung. Modernste Technologie werde im Ausland eingesetzt. Die Ökosteuer sei weder öko noch logisch. Es mache keinen Sinn, Steinkohle so hoch zu subventionieren, wenn kein Geld mehr für Lehrer und Straßenbau vorhanden sei. Eine kraftlose Regierung wolle weiterwursteln. Sie solle den Haushalt zurückziehen.

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, als Herausgeber sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr 2001.

**Edith Müller** (GRÜNE), Vizepräsidentin, stellte fest, im Europäischen Parlament habe sie früher mehr im Haushalt entscheiden können als im Landtag, wo Abgeordnete zu Notaren der Landesregierung mutierten und kein Spielraum mehr vorhanden sei. Der beste Beitrag für den Haushalt sei das In-Gang-Setzen der Wirtschaft. Die Rednerin

sprach sich für Gerechtigkeit in fünf Feldern aus, bei den Generationen, den Ressourcen, den Chancen, zwischen Mann und Frau und föderal. Mit einem Berg von Schulden sei das schwer. Außer Sparen sollten Einnahmemechanismen genutzt werden, durch mehr Kontrolle, Gebühren, Entgelte. Die Rednerin äußerte sich weiter zur Bildungs-, Verkehrs-, Einwanderungs- und Frauenpolitik und forderte eigene Steuereinnahmen für die Länder.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) vermisste Tatsachen bei den Oppositionsrednern und warf ihnen Doppelspiel vor. In den Ausschüssen würden wieder Mehrforderungen nach dem Motto „Haben wir keine Eier mehr, verbraten wir das ganze Nest“ gestellt werden. 8 000 Lehrerstellen kosteten 800 Millionen Mark pro Jahr und mit Versorgungsbezügen mehrere Milliarden. Bei der Entfernungspauschale sei es Clement gelungen, die Belastung des Landes von 430 auf 120 Millionen Mark zu mindern. Die Personalkosten der Länder seien strukturbedingt. Beim Thema Bergbau und Energiepolitik wies Steinbrück auf das hohe Exportpotenzial der deutschen Technik hin. Über die von der Opposition geforderte Veräußerung von Landesvermögen verhandele er vernünftig, nicht öffentlich.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU), Fraktionsvorsitzender, warf dem Minister unanständige Formulierungen vor und bezifferte die Mindereinnahmen wegen der Steuerreform auf 2,4 Milliarden Mark, durch die Rücklage 2000 gedeckt. Seit 1989 gebe es 9 000 mehr Stellen im Landesdienst. Gegenüber der Regierungserklärung notierte Rüttgers eine Lehrer-Lüge und 1857 Stellenstreichungen bei der Polizei. Mit dem Vorwurf postmoderner Kälte meinte er Kürzungen bei Hilfen für Alte, Behinderte und Pflegebedürftige, während der Bauminister 200 Millionen Mark für neue Ministerien ausgeben wolle. Die großen Herausforderungen hießen nicht Globalisierung, Digitalisierung und Liberalisierung, sondern Maß und Mitte, Überschaubarkeit und Menschlichkeit. Rüttgers warf der Regierung einen schlechten Start vor und zählte „Schlaglichter“ aus dem

Kabinett auf. Sie verschleife die Zukunft und schade der Kohle durch Verzicht auf den nationalen Konsens. Der Finanzminister stehe trotz blendender Konjunktur vor dem Offenbarungseid. Der Haushalt sei nur mit Ach und Krach verfassungsgemäß.

**Edgar Moron** (SPD), Fraktionsvorsitzender, warf dem Vorredner ein Zerrbild über das Land vor und hielt dem FDP-Redner Angriff seiner Parteifreunde entgegen. Er kritisierte die Lautstärke von Rüttgers und betonte als Hauptziel, Arbeitslosigkeit zu reduzieren, wobei NRW auf dem richtigen Weg sei. Stolz könne es auch als Gründerland Nummer eins sein. In Informationstechnik werde stark investiert. Eigene Fachleute würden qualifiziert. Die Bilanz bei der Kindergartenbetreuung sei hervorragend. Es gebe mehr Geld aus Berlin für Straßenbau.

**Angela Freimuth** (FDP) griff die Stichworte Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auf und rechnete Schulden in Höhe von 882 000 Mark pro Neugeborenem in NRW vor. Von neun Milliarden Zinsausgaben könnten 7 600 Lehrer zwölf Jahre lang beschäftigt werden. Diese Politik sei unverantwortlich, auch was das endlich angekündigte Controlling angehe. Die Berliner Steuerreform begünstige Großkapital und benachteilige Mittelständler erheblich. Als neues Damoklesschwert sah die Rednerin die Justizreform an mit Kosten von 19 Millionen Mark pro Jahr.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sprach sich gegen Schwarzweißmalerei aus und trat für mehr Ehrlichkeit ein. Die Bilanz des ersten Halbjahres sei beachtlich und das Koalitionsklima deutlich verbessert. Der Wille zum Erfolg sei da. Der deutliche grüne Anteil mache Spaß, sagte die Rednerin und zählte Erfolge auf. Der FDP warf sie Zumutungen und peinliche Auftritte vor. Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen sei interessanter als Reden aufgeblasener Männer. Dem Haushalt wünsche sie sachgerechte Beratungen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) nannte als wichtigstes Ziel der Wahlperiode eine Arbeitslosenquote unter sechs Prozent. Rüttgers habe zu laut geredet und zuviel geschimpft. Er werde aber den Erneuerungsprozess nicht aufhalten. Von Projekten der Ruhr GmbH seien die Leute fasziniert. Nackte Luft seien auch seine Vorwürfe gegen den Innenminister angesichts der zweigeteilten Laufbahn der Polizei in NRW. Der NRW-Haushalt sei wegen der Berliner Steuerreform so klamm. Möllemann sei für vieles mitverantwortlich, was er kritisiere.

Bei der Bahn und beim Transrapid seien früher schwerste Fehler gemacht worden. Unverantwortlich seien Möllemanns Äußerungen zur Beendigung des Bergbaus bis 2005. Öl- und Gaskartell würden immer enger. Ein nationaler Energiesockel sei richtig. Die Schulministerin baue ein Bündnis für Erziehung auf, sagte Clement und zählte weitere Erneuerungsmaßnahmen aus den Ressorts auf.

**Herbert Reul** (CDU) sagte, Clement sei verantwortlich für Fehler, die er gemacht habe, und warf ihm vor, nur anzukündigen. Jetzt Aufgabenkritik und Controlling. Nichts werde umgesetzt. Er zählte Bundesratsbeschlüsse auf, wo NRW immer einknickte und die Menschen in NRW zahlen müssten. Für Straßenbau habe Bundesgeld nicht ausgegeben werden können, weil kein Baurecht da gewesen sei. Wahlkampfzusagen seien nicht eingehalten worden.

**Jürgen W. Möllemann**, Fraktionsvorsitzender, (FDP) schlug zum Thema Bildung vor, den Stiftungsgedanken zu stärken, aber auch einen höheren Staatsanteil. Die Perspektiven des NRW-Verkehrs als Transitland seien bedrohlich. Der Ruhrkohlekonzern fördere im Ausland mehr Kohle als in NRW, daher sei die Versorgung gesichert.

**Ministerpräsident Clement** räumte Probleme mit Mathematikleistungen der Schüler ein und vermutete eine etwas überholte Pädagogik. In USA gebe es zehn Elitehochschulen, alle anderen seien schlechter als die NRW-Hochschulen. Die Mittel würden nicht gekürzt. Dennoch müsse privates Kapital mobilisiert werden, auch für Autobahnen. Clement warb für den Metrorapid und sagte, die WestLB werde jetzt europafest gemacht.

## Gemeindefinanzierungsgesetz

**Manfred Palmén** (CDU) führte aus, die Gemeinden müssten die aufgezählten Akzente mit einer Kürzung der Zuweisungen von 748 Millionen Mark mitbezahlen und würden über Gebühr belastet. Die Mindereinnahmen aus der Berliner Steuerreform müssten fair verteilt werden, was 18 Prozent Belastung der Gemeinden nicht entspreche. Sie trügen Altfehlbeiträge als schwere Hypothek vor sich her. Die Schlüsselzuweisungen müssten auf dem Niveau von 2000 bleiben. Ohne Rechtsgrund führe das Land die Befrachtung mit Asylkosten fort. Vier weitere große Haushaltsrisiken stünden an: durch die Entfernungspauschale, die Verstaatlichung des Straßenbaus, die Mobil-

funktizienz-Versteigerung und die Pflegeinfrastruktur.

**Heinz Wirtz** (SPD) warf dem CDU-Fraktionsvorsitzenden populistische Äußerungen und Ablenken vom eigenen Versagen vor. Der Verbundsatz bleibe konstant. Schlüsselzuweisungen würden nur um 1,9 Prozent reduziert. 140 Millionen Mark seien durch Tilgungsstreckung des Fonds Deutsche Einheit und 401 Millionen aus dem GFG 1999 zu erwarten. Für 13 besonders betroffene Kommunen werde eine Übergangsregelung geschaffen. Die Kommunalpolitiker seien mit einigen Ansätzen nicht einverstanden, müssten aber ein ausgewogenes Geben und Nehmen einsehen. Steuerensenkungen hätten alle gewollt. Alle würden davon profitieren.

## Zuweisung für Einbürgerung

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) hielt 750 Millionen Mark weniger für eine ernüchternde Weihnachtsbotschaft an die letzten der Finanzkette. Rührend sei der Appell an die Solidarität, da die Kommunen nicht an der Steuerreform beteiligt worden seien. Wenn der später geflüchtete Finanzminister die schwarz-gelbe Reform nicht boykottiert hätte, gäbe es einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung. Von Bayern lernen heiße siegen lernen, wo die Kommunen mehr Zuweisungen erhielten. Rot und Grün molgeten sich an der Wahrheit vorbei. Den 25 Prozent Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept kämen die Ankündigungen wie Hohn vor. Kreis und Kommunen seien seit Jahren in Kosten-Leistungs-Rechnung getrieben worden. 2001 würden drei Ministerien einem Pilotversuch unterworfen. Ein Befreiungsschlag bei tausenden Verwaltungsvorschriften würde viel Landespersonal freisetzen und auch Kommunen entlasten, die längst weiter seien als die Landesverwaltung. Auch von der Mischfinanzierung und der Töpchenwirtschaft müsse man weg.

**Ewald Groth** (GRÜNE) bedauerte, die Entfrachtung um die Flüchtlingskosten von 325 Millionen Mark werde nicht möglich sein. Fast jede vierte Mark gehe vom Land in die Kommunen, das sei wunderbar. Die Mindereinnahmen-Aufteilung sei durch den Verbundsatz vorgeschrieben. Der wichtige Anteil an freien Mitteln betrage 91,3 zu 8,7 Prozent Zweckzuweisungen. Das könne sich bundesweit sehen lassen. Die Zuweisungen für neue Medien an Schulen blieben bei 65 Millionen Mark. Groth schlug eine besondere Zuweisung für die Einbürgerung vor. Den Kreisen mit Tierkörperbeseitigungsanstalten müsse jetzt wegen des Einnahmeausfalls geholfen werden. Die Finanzkraft habe sich zu Ungunsten der Kommunen verschoben.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) erklärte, öffentliche Aufgabenwahrnehmung sei in keinem anderen deutschen Land so weit kommunal organisiert wie in NRW. Dem entspreche die Dotierung. In der Ergänzungsvorlage werde die Schlüsselmasse gestärkt. Beim Soziallastenansatz habe er noch kein Patentrezept. Übrigens seien die größten Durststrecken aus der Steuerreform erst ab 2005 zu erwarten. Mit weiteren Verschlechterungen müssten alle umgehen. Er sei offen für bessere Lösungen, wenn es sie gäbe.



Sachlich ging es bei der Aussprache über die Kommunalfinanzen zu, v. l. Manfred Palmén (CDU), Heinz Wirtz (SPD), Dr. Ingo Wolf (FDP), Ewald Groth (GRÜNE). Fotos: Schälte

## Laurenz Meyer legt sein Amt wegen seiner Wahl zum CDU-Generalsekretär nieder

### Landtag wählt Helmut Linssen zum neuen 1. Vizepräsidenten

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Mittwoch, 6. Dezember 2000, einen neuen 1. Vizepräsidenten gewählt. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion stimmte das Parlament in geheimer Wahl für den früheren Fraktionsvorsitzenden der Union, Dr. Helmut Linssen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt gab das Wahlergebnis bekannt. Von 211 abgegebenen und gültigen Stimmen erhielt Linssen 179 Ja-Stimmen, 22 Abgeordnete stimmten mit Nein, zehn enthielten sich der Stimme.

Vor Beginn der eigentlichen Wahl teilte der Landtagspräsident mit, mit Schreiben vom 1. Dezember habe ihm der Abgeordnete Laurenz Meyer mitgeteilt, dass er das Amt des Vizepräsidenten zeitgleich mit der Wahl des Nachfolgers niederlege. Der Präsident wies ferner darauf hin, dass der Landtag nach Feststellung der Beschlussfähigkeit die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten in geheimer Wahl zu wählen habe. Nach Artikel 44 der Landesverfassung sei der Landtag beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitglieder anwesend sei. Er stellte dann formell fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben sei und gab das Wort weiter an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Dr. Jürgen Rüttgers, der wörtlich feststellte: „Im Namen der CDU-Fraktion schlage ich Ihnen den Abgeordneten Helmut Linssen zur Wahl als 1. Vizepräsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen vor und bitte Sie, ihn zu wählen.“

Es erfolgte dann die Ausgabe der Wahlunterlagen nach dem Namensaufruf. Die Abgeordneten mussten sich diese Unterlagen von einem Tisch vor dem Rednerpult holen. Ihre Stimme durften sie dann auf Wahlpulten links und rechts hinter dem Präsidenten abgeben. Ulrich Schmidt berief



Bei der Auszählung der Stimmen: Der zurückgetretene 1. Vizepräsident Laurenz Meyer und sein Nachfolger Dr. Helmut Linssen (beide CDU, v. r.)  
Fotos: Schälte

sich darauf, dass mit diesem Verfahren die geheime Durchführung der Wahl sichergestellt sei. Damit auch alles bis ins Kleinste korrekt geheim verlief, machte der Präsident noch darauf aufmerksam, dass beim Ausfüllen der Stimmzettel nur die an den Wahlpulten ausliegenden Dokumentenstifte zu benutzen seien. Anderweitige Kennzeichnung mit Tinte, Kugelschreiber oder Farbstift gewährleiste die Geheimhaltung der Wahl nicht, „weil in einem solchen Fall der Wahlberechtigte an Hand seines Stimmzettels nach Abschluss des Wahlgangs identifiziert werden könnte“.

Nach der Wahl beglückwünschte Ulrich Schmidt den neuen 1. Vizepräsidenten im Namen des hohen Hauses und sagte: „Der Landtag hat meines Erachtens eine gute Wahl getroffen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer zukünftigen Arbeit. Sie haben schon manches für dieses und in diesem

Haus getan. Ich persönlich, das Präsidium, wir alle freuen uns auf gute Zusammenarbeit.“ Anschließend wandte sich der Präsident an den Abgeordneten Laurenz Meyer mit den Worten: „Sie haben sich in der relativ kurzen Zeit, in der Sie das Amt des 1. Vizepräsidenten des Landtags von Nordrhein-Westfalen innehatten, unparteiisch und intensiv für die Belange der Abgeordneten dieses Hauses eingesetzt.“ Meyer habe nun eine neue berufliche Herausforderung angenommen. Für die neue Aufgabe, die mit einem hohen zeitlichen Aufwand verbunden sein werde, wünschte Schmidt ihm eine robuste Gesundheit, eine glückliche Hand und die nötige Gestaltungskraft.

Die CDU-Opposition hatte den 58-jährigen Kaufmann im Groß- und Außenhandel aus dem niederrheinischen Issum, Dr. Helmut Linssen, am 5. Dezember als Nachfolger des bisherigen 1. Vizepräsidenten Laurenz Meyer nominiert, der auf sein Amt Verzicht angemeldet hatte, weil er zum neuen Generalsekretär der CDU-Bundespartei gewählt worden war. Meyer will sein Landtagsmandat vorerst aber behalten. Der CDU im Düsseldorfer Landtag steht als zweitstärkster Fraktion das Amt des 1. Landtagsvizepräsidenten zu. Helmut Linssen setzte sich nach Angaben der Fraktion in einer Kampfabstimmung mit 49 gegen 33 Stimmen gegen den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann, Versicherungskaufmann aus dem westfälischen Recklinghausen, durch. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Der neue 1. Vizepräsident war seit 1987 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und hatte von 1990 bis Februar 1999 den Fraktionsvorsitz der CDU inne. Nach seiner Niederlage gegen Dr. Jürgen Rüttgers bei der Wahl des Landesvorsitzenden vor knapp zwei Jahren zog er sich jedoch zurück. Als Spitzenkandidat hatte er die CDU 1995 in die Landtagswahl geführt. Helmut Linssen gehört der CDU seit 1972 und dem Landtag seit 1980 an. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter.



CDU-Fraktionschef Dr. Jürgen Rüttgers (r.) gratuliert dem neuen 1. Landtagsvizepräsidenten Dr. Helmut Linssen (l.) nach der Wahl mit einem Blumenstrauß.

## Gesetz über Sondervermögen „Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ verabschiedet

### Hochschulen bleiben bei Gebäudewirtschaft selbstständig

Der Landtag hat in zweiter Lesung am 6. Dezember das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen in der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition von CDU und FDP angenommen. Ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN fand mit dem gleichen Abstimmungsergebnis Zustimmung. Bei der abschließenden Beratung wurde insbesondere auf die Position der Hochschulen eingegangen (Drs. 13/189, 475 und 503).

**Gisela Walsken** (SPD) betonte: „Wir wollen mit diesem neuen Betrieb die Liegenschaftsverwaltung des Landes grundlegend reformieren. Wir wollen ein neues, ein modernes, ein betriebswirtschaftlich ausgeprägtes Immobilien-Management einführen“, sagte die Abgeordnete. Sie verwies auf die Entschließung, die Sonderregelungen im Bereich des Hochschulwesens berücksichtigen. Dies solle einmal ein Signal an alle Hochschulen und Einrichtungen im Lande sein, dass man weiterhin großen Wert auf die Eigenverantwortlichkeiten von Hochschulen und Universitäten lege. Wichtig sei, dass die Hochschulen weiterhin für die Gebäudewirtschaft in ihren Einrichtungen selbstständig und selbstverantwortlich bleiben. Wichtig sei, dass die reale Finanzausstattung durch die Einführung neuer Mietbudgets nicht geschmälert werde und dass die Hochschulen über die Prioritäten ihrer Neubaumaßnahmen selbst und eigenverantwortlich entscheiden würden. Wichtig sei ebenfalls, dass die Veräußerungsgewinne des Bau- und Liegenschaftsbetriebes aus Hochschulliegenschaften mindestens zur Hälfte an die Universitäten zurückfließen könnten.

**Helmut Stahl** (CDU) sagte, die Landesregierung habe sich für die Alternative entschieden: möglichst groß, möglichst mächtig. „Deshalb erleben wir am 1. Januar 2001 die Geburtstunde eines neuen Administrationsdinosauriers. Sein Name: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW. Ich sage Ihnen

voraus: Dieser Dinosaurier wird Ihnen keine Freude machen.“ Er hielt der Koalition vor, sie habe es versäumt, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die den BLB mit ihrer Leistung tragen würden, mit der neuen Unternehmensphilosophie vertraut zu machen. Zentrale Fragen seien offen. „Wie sieht denn die Bilanz dieses neuen Betriebes aus? Was sind die Aktiva? Was sind die Passiva?“ Er sei sicher, dass man mit 80 Mitarbeitern nicht hinkommen werde. Der Abgeordnete erteilte bei aller Kritik aber auch ein Stück Lob an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnisgrünen. Sie hätten sich nämlich der CDU-Forderung angeschlossen, ein Mindestmaß an parlamentarischer Kontrolle in den Gesetzentwurf hineinzunehmen. Als Kritikpunkt sah er dagegen wieder an, Ministerpräsidenten und Landesregierung könnten jetzt ihr Versprechen einlösen und den Hochschulen Eigentum und Management der Liegenschaften übertragen.

**Angela Freimuth** (FDP) meinte, dieses Gesetz lasse im Ergebnis mehr Fragen offen, als es beantworte. Bis in die vergangene Woche hinein sei die Frage nicht zu beantworten gewesen, wie die Organisation dieses Betriebes aussehen solle, wo die Dependancen errichtet werden sollten. Es sei auch nicht in Erfahrung zu bringen, welche Aufgaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus den unterschiedlichsten Ressorts in diesen Landesbetrieb überführt werden sollen, genau ausführen sollen. Es sei auch nicht zu beantworten gewesen, welche Immobilien exakt in dieses Sondervermögen überführt würden.

**Dr. Thomas Rommelspacher** (GRÜNE) erklärte dagegen, mit dem Gesetzentwurf wolle man einen Meilenstein in der Entwicklung hin zum Immobilienmanagement im Lande NRW setzen. „Wir schaffen damit den juristischen Rahmen, damit das Land in Zukunft weniger Flächen verbraucht, Gebäude effektiver auslastet und Personal optimal einsetzt.“ Hier entstehe kein Moloch, sondern ein sauber strukturierter Betrieb mit einem kleinen operativen Kopf mit etwa 80 Personen und mit starken regionalen und lokalen

Clustern, die die Hauptaufgaben erledigen würden. Der Abgeordnete verwies darauf, besonders kritisch hätten sich die Kanzler und Rektoren der Hochschulen geäußert. Seine Fraktion habe es einmal pointiert auf den Punkt gebracht, dass das Kerngeschäft der Hochschulen im Lande NRW sei: Lehre und Forschung auf allerhöchstem Niveau zu erbringen. Nur insoweit, als die Regelung des Bau- und Liegenschaftsmanagements diese Belange berühre, könnten sie wirklich beanspruchen, dass Sonderregelungen für sie geschaffen würden.

**Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) sagte, aufseiten der Landesregierung habe man es nicht mit einem schlechten Gewissen zu tun. „Wir haben auch den Eindruck, dass das, was wir als Gesetzentwurf vorgelegt haben, sehr vernünftig ist.“ Das, was für diesen Bau- und Liegenschaftsbetrieb an Spielregeln zu verabreden sei, sei verabredet. Im Übrigen sollte man ihm auch die Möglichkeit geben, durch konkrete Tätigkeit zu lernen. „Geben Sie ihm eine Chance, seine ersten Erfahrungen zu machen.“ Die Frage sei schnell zu beantworten, warum man eine solche Reform brauche. „Wir haben dies aus der Privatwirtschaft gelernt.“

**Wolfgang Hüsken** (CDU) merkte an, der Bau- und Liegenschaftsbetrieb werde nicht nur Immobilienbetrieb, sondern als Nachfolger der Staatlichen Bauverwaltung zugleich ein Baubetrieb. Auch der Pflege und Förderung der Baukultur sowie der Qualität von Liegenschaften und Landschaften solle er verpflichtet sein. „Wir plädieren dafür, dem Vorschlag der Kammervertretungen zu folgen, baupolitische Ziele zu benennen, wenn auch nicht in vollständiger Aufzählung.“ Im Übrigen äußerte der Abgeordnete die Befürchtung, dass die Kunst am Bau rein wirtschaftlichen Zwängen zum Opfer falle.

**Ellen Werthmann** (SPD) verwies darauf, die Landesregierung hätte von ihrer Organisationshoheit Gebrauch machen und weitgehend ohne Parlamentsbefassung ein Immobilienmanagement einführen können. „Ich halte den jetzt gewählten Weg — vor allem aufgrund der großen Aufgaben, die mit diesem Betrieb verbunden sind — für den besseren.“

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) meinte, eine klassische, reinrassige Privatisierung sei sicherlich anders gestaltet. Man habe sich auch nicht für eine Scheinprivatisierung in Form einer GmbH mit öffentlichem Dienstrecht entschieden. „Im Gegenteil, Sie haben sich letztendlich — so ist es uns bekundet worden — für eine GmbH im öffentlichen Gewande entschieden.“ Diese GmbH im öffentlichen Gewande sei nicht das, „was wir uns als Liberale als richtige Privatisierung vorstellen“.

**Bauminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) erläuterte, es gebe eine Bestandsgarantie für das Personal. Ferner sei man an das öffentliche Vergaberecht gebunden, und weiterhin werde man die baupolitischen Ziele weiter verfolgen. „wie wir das bisher in der staatlichen Bauverwaltung getan haben“.



Liegenschaften der Hochschulen im Disput: Rundbauten der Universität-Gesamthochschule-Duisburg.

## FDP: Beiträge senken statt „ABM-Karrieren“ fördern

### Arbeitslosenversicherung und Lohnkosten in der Diskussion

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) forderte eine offensive Beschäftigungspolitik, da in NRW immer noch 730 000 Menschen ohne Arbeit seien und „in Wahrheit viele mehr“. Arbeitsmarkt- und Mittelstandspolitik zu verknüpfen, solle zentraler Ansatz sein. Die rot-grüne Bundesregierung vernichte Beschäftigungschancen, was ihm in vielen Gesprächen bestätigt worden sei. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sollten auf 5,5 Prozent gesenkt werden. Das werde Betriebe und Arbeitnehmer im nächsten Jahr um mindestens 3,7 Milliarden Mark entlasten. Die Landesregierung solle den Beitragszahlern die Kosten unnötiger Ausweitung der Beschäftigungsgesellschaften nennen. Notwendig sei die Senkung der Arbeitskosten.

**Horst Vöge** (SPD) sah in der Arbeitslosenversicherung kein Mittelstandsinteresse, sondern den Schutz von Arbeitnehmern. Zur historischen Wahrheit gehöre, dass die Umverteilung bei Lasten der Deutschen Einheit auf das Sozialversicherungssystem, vor allem die Bundesanstalt für Arbeit, den Mittelstand ungeheuer belastet hätten. Das Risiko der Arbeitslosigkeit sei durch Verschiebung im System nicht zu packen. Für aktive Arbeitsmarktpolitik biete NRW gute Beispiele: Jugend in Arbeit, START, Jobrotation. Den zweiten Arbeitsmarkt auszugrenzen, sei menschenverachtend. Was über die Bundesanstalt für Arbeit abzudecken sei und ob nicht auch Selbstständige an der Versicherung teilnehmen sollten, müsse diskutiert werden, ebenso über die Zusammenführung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Wenn die Kommunen Langzeitarbeitslosen helfen sollten, müssten sie Finanzanteile dafür erhalten. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) sollten mehr für Qualifikation als für Lohnkostenzuschüsse genutzt werden. NRW sei auf dem richtigen Weg.

**Christian Weisbrich** (CDU) hielt den Antragstitel und den Denkansatz für gut. Jedoch sei das Land nicht zuständig für die Arbeitslosenversicherung. Im internationalen Vergleich schneide die deutsche Arbeitsmarktpolitik immer schlechter ab. Er hielt den massenhaften Einsatz von ABM in den neuen Ländern für sinnvoll, jetzt allerdings für überprüfenswert. Dauersubventionierte Tätigkeitsfelder mit Konkurrenz zu Dumpingpreisen seien keine sinnvolle staatliche Aufgabe. Land und Kommunen sollten sich aus Beschäftigungsgesellschaften zurückziehen. Ein „volkseigener“ Betrieb mit 1 700 Beschäftigten und 80 Millionen Mark Umsatz wie in Duisburg habe am Markt nichts verloren. Eine Innovation sei dringend notwendig, die weder aus der Erfindung neuer Förderprogramme noch aus Verlagerung von Kosten in andere Haushalte bestehen dürfe. Die Bundesanstalt für Arbeit gebe für ihre eigentliche Aufgabe (Arbeitslosengeld) nur 47 Prozent ihrer Mittel aus. Die Beitragszahler zahlten für Programme, die kaum für mehr Beschäftigung, sondern nur zu höheren Lohnzusatzkosten führten. Eine Senkung der Beiträge auf vier statt bisher 6,5 Prozent ließe die Ökosteuer-Wirkung verblassen. Beim NRW-Modell der Transfergesellschaften fürchte er ein neues Fass ohne Boden.

*Den FDP-Antrag „Arbeitsmarktpolitik für NRW mittelstandsfreundlich gestalten – Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung senken“ (Drs. 13/368) überwies der Landtag nach der Aussprache am 29. November in die Ausschussberatung.*

**Barbara Steffens** (GRÜNE) bedauerte, dass der Antrag die Erwerbslosen ausblende und sich gegen Menschen richte, für die Arbeitsmarktpolitik des Landes notwendig sei. Jeder Mensch habe ein Recht auf existenzsichernde Arbeit. Dazu müssten sichere und neue Arbeitsplätze geschaffen, Menschen qualifiziert und Erwerbslosigkeit verhindert werden. Transfergesellschaften seien ein wichtiger Baustein, denn der erste Arbeitsmarkt sei dazu nicht in der Lage. In Essen seien 17 Prozent der Sozialhilfeempfänger erwerbstätig, also nicht existenzsichernd beschäftigt. Zudem gingen die einfachen Tätigkeiten aus und würden Menschen ohne staatliche Maßnahmen zum Nichtstun verdammt. Für Menschen ohne Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt müsse es Maßnahmen geben, etwa für gesellschaftlich notwendige Aufgaben im sozialen und im Umweltbereich. Da gebe es keine Konkurrenz zu kleinen oder mittleren Unternehmen.

**Arbeitsminister Harald Schartau** (SPD) hielt das Thema für sehr wichtig und aktive Arbeitsmarktpolitik für ein Mittel zum Zweck bei Beschäftigung. Integration in den ersten Arbeitsmarkt sei das Ziel, nicht Verwahren von Arbeitslosen oder „ABM-Karrieren“. Alle Maßnahmen müssten regelmäßig überprüft werden. Bund und Land hätten dazu ein systematisches Controlling aufgebaut. Er trete dafür ein, dass aktive Arbeitsmarktpolitik noch viel stärker in den Betrieben stattfinde, die mit Bildungsträgern zusammenarbeiten könnten, vorausgesetzt, sie nähmen problematische Arbeitnehmer überhaupt erst einmal auf. Das sei oft der strittige Punkt. ABM und Arbeit statt Sozialhilfe würden seit Jahren auf schwierige Zielgruppen konzentriert und wiesen Erfolgsquoten bis zu 50 Prozent auf. Schartau kritisierte AB-Maßnahmen, die nicht auf die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet seien. Pauschale Urteile über Beschäftigungsgesellschaften seien nicht angebracht. Viele

zusätzliche Tätigkeiten im öffentlichen Interesse würden von Betrieben angeboten. Solche Arbeitsfelder vor Ort seien unumstritten und würden von Arbeitsämtern mitbeschlossen. Die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge sei erklärtes Ziel der Bundes- und der Landesregierung und zum Teil schon erreicht. Bei der hohen Arbeitslosigkeit müssten konjunkturelle Effekte verstärkt, müsse aktiv durchgestartet werden.

**Norbert Post** (CDU) erklärte, zum Streit habe das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geführt. Alle mitentscheidenden Gruppen wollten es fortsetzen, aber nicht aus den Einnahmen der Arbeitslosenversicherung, sondern als Programm des Bundesarbeitsministeriums. NRW-Minister Schartau solle dem Bundesminister klarmachen, dass er auf kaltem Wege keine Haushaltskonsolidierung betreiben könne, wie es in vielen Bereichen versucht und auch gelungen sei. Eichel vermische Beitrags-, Steuer- und EU-Mittel. Erst im Jahr 2002 wolle er Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 bis 0,5 Prozent senken. So schnell wie möglich sei das aber nötig, da pro Prozentpunkt 70 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. 41 Prozent Langzeitarbeitslose dürften nicht vergessen werden. Die FDP wolle die Qualifizierungsgesellschaften rigoros abschaffen. Es gebe dabei aber auch gute Konzepte.

**Rainer Bischoff** (SPD) warf der FDP verengte Themensicht und Ignoranz gegenüber Arbeitslosen vor. Stattdessen rede die FDP über Mittelstand. Das sei unerträglich. Bei Problemgruppen des Arbeitsmarkts gebe es gute Erfolgsquoten durch ABM. Im Verwaltungsrat des Arbeitsamts Duisburg zielten alle Maßnahmen auf die Rückführung auf den ersten Arbeitsmarkt und gebe es die sehr pragmatische Lösung „Plus Lohn“.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) berichtete von einer erfolglosen „ABM-Karriere“ und meinte, mit dem „Makel ABM“ in den Arbeitspapieren sei kein Arbeitsplatz zu bekommen. Das dafür ausgegebene Geld solle besser zur Wirtschaftsförderung verwendet werden. Der öffentliche Dienst solle für notwendige Projekte „normale“ Stellen auf Zeit schaffen.



Über die künftige Verwendung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit gab es kontroverse Meinungen, v. l. Dr. Gerhard Papke (FDP), Horst Vöge (SPD), Christian Weisbrich (CDU), Barbara Steffens (GRÜNE). Fotos: Schälte

## Modellvorhaben soll Schulen mehr Selbstgestaltung und Selbstverantwortung einräumen

Das Plenum hat im November mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit einen Antrag angenommen, den SPD und GRÜNE unter dem Titel „Schule der Zukunft gestalten – Dialog zum Modellvorhaben NRW Schule 21 vorbereiten“ (Drs. 13/421) vorgelegt haben. CDU und FDP lehnten den Antrag ab, weil, wie ein liberaler Sprecher formulierte, eine Beratung im Landtag überflüssig sei, „um noch einmal Teile des rot-grünen Koalitionsvertrags zu beschließen“.

**Manfred Degen** (SPD) konstatierte, NRW habe bereits in den letzten Jahren „ein Stück des Weges zu mehr Gestaltungsfreiheit unserer Schulen zurückgelegt“. Diesen Weg wolle man konsequent weitergehen, darum werde das Modellvorhaben „NRW Schule 21“ auf den Weg gebracht. Das Ziel könne nur erreicht werden, betonte Degen, wenn alle an der Schule Beteiligten in den Reformprozess eingebunden seien. Der Sprecher zeigte sich überzeugt: „Schulen, die auf Freiheit, Flexibilität und Verantwortungsbewusstsein vorbereiten sollen, brauchen selbst Freiheit und Flexibilität; und diesen Schulen muss man auch bei ihrer schwierigen Arbeit Vertrauen entgegenbringen.“ Die Zeitschiene sehe vor, dass dafür den Schulen in der laufenden Legislaturperiode Gelegenheit gegeben werde, zu experimentieren und Erfahrungen zu sammeln. Wie bei der Verwaltungsmodernisierung seien die Ziele „weg von zentraler Steuerung, Abbau von Leitungshierarchien, hin zur Delegation von Verantwortung“. Es sei geplant, in die eigenständige Bewirtschaftung von Sachmitteln ein weitgehendes Personalbudget einzubeziehen, die Stellung der Schulleitung zu stärken und die der Eltern, Schüler und Lehrer neu zu beschreiben. Hinzu kämen Gestaltungsspielräume bei Organisation und Inhalten von Unterricht. Darum fordere die Koalition die Landesregierung in ihrem Antrag auf, Rahmenbedingungen für ein breit angelegtes Modellvorhaben vorzubereiten.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, wies darauf hin, in dem Vorhaben sei grüne Programmatik enthalten. Eigeninitiative werde bei allen Beteiligten gefordert und gezeigt, „dass die Schule kein altbackenes, bürokratisch geordnetes System sein muss, sondern dass GRÜNE frischen Wind hineinbringen: NRW Schule 21 ist eine Entschlackungs- und Frischluftkur für unser Schulsystem“. Das Modell solle landesweit an 250 Schulen verwirklicht werden. Sie erhielten für die Projektphase zusätzliche finanzielle Mittel aus einem Innovationsfonds. Die Teilnahme sei freiwillig. Die Schulen sollten im Rahmen einer zu formulierenden Experimentierklausel ein Gesamtkonzept vorlegen und sich beim Land bewerben; die Bewertung erfolge durch einen Beirat im Zusammenwirken mit dem Schulministerium. Ab dem Schuljahr 2002 könne es dann mit der Realisierung vor Ort losgehen. Nach drei Jahren Projektdauer könnten die Schulen ihre Erfahrungen erstmals zusammentragen und sich selbst Verbesserungsvorschläge geben. Diese Erkenntnisse flössen dann in einen landesweiten Zwischenbericht ein, „der auch im Landtag diskutiert werden wird“.

**Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU) fragte angesichts des Umstands, dass die SPD seit 30



Mehr Selbstverantwortung in den Schulen: v. l. Manfred Degen (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) und Ralf Witzel (FDP).  
Fotos: Schälte

Jahren für die Schul- und Bildungspolitik im Lande hauptverantwortlich sei: „Warum kommt erst jetzt ein Reformmodell?“ Und er gab zu bedenken: „Wichtig ist, dass zwischen den Freiräumen eigenverantwortlicher Pädagogik und Kompetenz im Vergleich zum verbindlichen Leistungskanon und dem Erlernen der Kulturtechniken ein abgestimmtes Verhältnis besteht.“ Angesichts des genannten Zeitrahmens äußerte Eckhold die Vermutung: „Hier wird auf Zeit gespielt, weil man mit einem öffentlichkeitswirksam angelegten Modellversuch von den augenblicklichen und augenscheinlichen Problemen im Schulbereich ablenken will.“ Viele Schulen wollten jetzt und nicht erst nach Jahren mehr Kompetenz und Eigenverantwortung. Darum habe seine Fraktion den Verdacht, der Koalitionsantrag, den man ablehnen werde, stehe für „Zeitgewinn und öffentliche Augenwischerei“.

**Ralf Witzel** (FDP) urteilte, „von der Semantik her“ seien 85 Prozent des Antrags in Ordnung; die Nagelprobe komme aber bei der konkreten Umsetzung der Maßnahmen. Der Sprecher weiter: „Ich habe selten ein so langes Papier gesehen, in dem so wenig Konkretes steht – neben all den Visionen und Ansprüchen, die formuliert worden sind. Ich sehe auch keinen einzigen Lösungsvorschlag in diesem Papier.“ Es gehe nicht darum, was formal zertifiziert werde, „sondern letzten Endes um die Qualität der Abschlüsse“. Ihn störe, fuhr Witzel fort, dass die Termine so gesetzt seien, „dass die zentrale schulpolitische Debatte sechs bis acht Wochen vor den nächsten Landtagswahlen ausschließlich über Ihr grünes Schulprojekt und nicht über viele andere strukturelle Fragen im Bildungswesen stattfindet“. Obwohl viele Ansätze sinnvoll und überprüfenswert seien, stimme seine Fraktion dem Antrag nicht zu.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) widersprach der Aussage von einem „grünen“ Projekt, wer das behaupte, habe von der schulpolitischen Debatte der letzten Jahre offenbar nicht alles mitbekommen. Das Modellvorhaben diene dem Ziel einer ganz umfassenden Entwicklung, und es bleibe der Sicherung der Qualität schulischer Arbeit verpflichtet. Entwicklung gehe nur schrittweise und – dies fügte die Ministerin ausdrücklich hinzu – „wir konnten uns in den vergangenen Jahren nur im Rahmen der bis dahin geltenden Gesetze und

Rechtsprechung bewegen. Wir wollen das jetzt auf diesem Gebiet weiterentwickeln.“ Es habe keinen Sinn, ein Personalbudget von vornherein flächendeckend für das Land vorzugeben, vielmehr müsse man mit diesem Instrument erst Erfahrungen sammeln. Das Modellvorhaben solle vor allem da Neuland betreten, „wo es eben um die unmittelbare Verfügungsgewalt der Schulen über Personal und Sachmittel geht. Genau das ist der zentrale Punkt.“ Auch für die Schule solle das Leitbild von der „lernenden Organisation“ Bedeutung erlangen: „Schule, Schulaufsicht und Schulträger zusammenzuführen macht den Reiz, aber auch den Anspruch dieses Modellvorhabens aus“.

**Maria-Theresia Kastner** (CDU) machte auf bereits auf kommunaler Ebene erreichte Fortschritte aufmerksam: So brauche man zumindest für den Bereich der Sachmittelbewirtschaftung kein Modellvorhaben mehr. Was den Umgang der Schulen mit Personalressourcen angehe, so sei zu fragen, ob unter dem Begriff „Personal“ auch die Möglichkeit vorgesehen sei, dass eine Schule ergänzendes Personal wie Sozialpädagogen, Logopäden oder Motopäden einstellen dürfe. Sie riet: „Sparen Sie sich also Ihre Anträge für weitere teure Modellvorhaben. Setzen Sie das Geld lieber gleich für Taten ein.“

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) warf dem gegenwärtigen System Schule vor, es komme in ihm gerade nicht auf das beschriebene induktive Denken und die Fähigkeit zu originellen Problemlösungen an – die Schüler, die dies leisteten, würden vielmehr von den staatlichen Schulen „weggeekelt“ und trotz hoher Begabung zu „Minderleistern“ gemacht. Was die Personalhoheit angehe, so fordere sie, sie den Schulen jetzt vollständig zu geben: „Das wäre konsequent.“ Auch das Abitur nach zwölf Jahren sollte grundsätzlich freigegeben werden.

**Manfred Degen** (SPD) bestätigte zum Abschluss der Plenardebatte der CDU Lernfähigkeit: Sie habe unterdessen vieles aus den programmatischen Erklärungen der SPD in ihr bildungspolitisches Programm übernommen. Er biete an, die Eckpunkte des Modellvorhabens gemeinsam darauf zu überprüfen, welche davon nicht in den Modellversuch müssen, sondern sofort umgesetzt werden können. Zu dieser Beteiligung an diesem Dialog lade er ein.

## Unterrichtsausfall:

### CDU verlangt Sofortmaßnahmen

„Akuten Lehrermangel bekämpfen durch Sofortmaßnahmen“ – diese Forderung stellte ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/418) auf, den der Landtag nach Erörterung im Plenum einstimmig an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen hat. Dort soll über ihn öffentlich beraten und abgestimmt werden.

**Bernhard Recker** (CDU) kritisierte die Versprechungen der SPD im Wahlkampf, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter 500 für die Realschule, eingestellt werden sollen: Im vorliegenden Haushaltsentwurf sei aber nicht eine Stelle mehr vorgesehen. Recker: „Es ist ein unverantwortlicher Wortbruch zu Lasten vieler junger Menschen, denen man Hoffnung auf Besserung gemacht hatte.“ Und: statt „Wahlbetrug pur“ brauche man endlich Taten. Vertretungspool und das Programm „Geld statt Stellen“ reichten längst nicht mehr, den allgemeinen Ausfall an Unterricht und den ausfallenden Fachunterricht zu kompensieren. Die Zahl der Lehramtsbewerber breche ein, viele junge Lehrer gingen in benachbarte Bundesländer oder in die Wirtschaft, weil „die Rahmenbedingungen für den Lehrernachwuchs in unserem Land unattraktiv und unsozial wie kaum zuvor sind“. Die CDU fordere, dass zusätzliche Lehrer eingestellt würden und eine Stellenreserve eingerichtet wird; ferner seien die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern.

**Wolfgang Große Brömer** (SPD) bezeichnete die Schilderung als „Horrorzenario, das mit der Wirklichkeit sehr wenig zu tun hat“. Beim Unterrichtsausfall sei vom Landesrechnungshof festgestellt worden, dass 60 Prozent aus schlechter Organisation an der jeweiligen Schule verursacht werde. Die Besetzungsquoten für den Vertretungspool

lägen bei 80 Prozent, die Mittel für „Geld statt Stellen“ reichten aus. Eine Abwanderung in andere Bundesländer sei in größerem Ausmaß nicht festzustellen. Die Vorschläge der CDU seien weder aktuell noch neu, ihre Wirkung auf die Eindämmung des Unterrichtsausfalls zudem fragwürdig.

**Ralf Witzel** (FDP) meinte, der Koalition mit ihrem Versprechen der neuen Verlässlichkeit in der Bildungspolitik fehle die Perspektive. Die Probleme seien seit zehn Jahren bekannt; dennoch sei in weiten Teilen nicht gehandelt worden. So hätten sich die Zustände weiter verschlechtert. Von Nöten sei eine völlig neue Denkweise der Landesregierung mit einer neuen Prioritätensetzung zugunsten von Bildung und Wissenschaft – „und wir brauchen mindestens 8 000 neue Lehrstellen“. Die eine Milliarde dafür sei im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Der Abgeordnete kündigte für seine Fraktion die Vorlage eines Unterrichtssicherungsgesetzes an, das qualitative Standards im Bildungsbereich festschreiben solle. Die Koalition könne dann zum Ausdruck bringen, was sie dagegen habe.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) wandte ein, bei allen im Antrag enthaltenen Gesichtspunkten, die zu beklagen und auf die zu reagieren sei, könne man dem darin enthaltenen Generalangriff und den verzerrenden Darstellungen der Union nicht folgen. Viele der Lösungsvorschläge seien teilweise schon erfüllt, andere seien unrealistisch oder gar kontraproduktiv. Das Gravierendste aber: „Die CDU bleibt ein schlüssiges Finanzierungskonzept schuldig“; das habe mit einer soliden und verantwortungsvollen Politik nichts mehr zu tun, fand sie. Die GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass in diesem Jahr 6 000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden seien und schlug vor, angesichts des Mangels in den naturwissenschaftlichen Fächern vermehrt Nachqualifizierungen anzubieten, pensionierte Lehrkräfte für Stundenkontingente zu gewinnen und in der Eingangsbesoldung Verbesserungen zu erreichen.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) nannte die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Lehrer eine bundesweite Herausforderung, die nicht allein NRW betreffe. Seit Jahren informiere die Landesregierung über Zukunftschancen und gefragte Fächerkombinationen. Daraus könne man nun keine Schuldzuweisung formulieren, sagte sie und erkannte im Antrag „einzelne und ziemlich willkürlich hintereinander gereihte Forderungen, aber kein Konzept“. Nach dem Acht-Punkte-Konzept zur Sicherung der Lehrerversorgung an Berufskollegs gebe es bald Entsprechendes für die allgemein bildenden Schulen. Behler: „Schnellschüsse helfen da nicht.“ Nach dem Willen des Landes sollten die Anwärterbezüge in Mangelfächern angehoben werden, die Bundesländer sollten die Regelungskompetenz für Sonderzuschläge für Anwärter erhalten. Die von der CDU verlangte Leistungsstufenverordnung sei längst verabschiedet, mit ihrer Umsetzung werde im Jahr 2002 begonnen.

**Herbert Reul** (CDU) bezeichnete die SPD in der Frage der Lehrereinstellung als „Partei des permanenten Wortbruchs“. Er verlangte, dass frei werdende Stellen neu besetzt werden, dass eine Stellenreserve geschaffen wird und dass gegen die Abwanderung endlich etwas unternommen wird. „sonst nutzt Ihnen die ganze Inszenierung nichts“.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) forderte die Landesregierung auf, „sich von diesen sinnlosen und wenig effektiven Notprogrammen zu verabschieden. Sie bringen nichts“. Stattdessen müssten 8 000 Lehrer eingestellt werden – „fest und auf einen Schlag“.

**Brigitte Speth** (SPD) gab zu bedenken, es mache wenig Sinn, neue Stellen zu schaffen, wenn die dann anschließend nicht besetzt werden können. An vielen Ansätzen sei zu arbeiten, an unbürokratische Lösungen sei zu denken, etwa wie die Industrie dies tue, mit gezielten Werbemaßnahmen Nachwuchs in den Mangelfächern zu gewinnen.



Diskussion um die Lehrerversorgung an den Schulen: v. l. Schulministerin Gabriele Behler (SPD), Herbert Reul (CDU), Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) und Brigitte Speth (SPD).  
Fotos: Schälte

## Debatte über Personalstärke, Innendienst und Kräfteverteilung auf den Wachen

### Polizeibehörden entscheiden über Einsätze selbst

„Sicherheit erfordert Polizeipräsenz“ lautete ein Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 13/417), der im Plenum heftig diskutiert wurde. **Theodor Kruse** (CDU) erklärte, die Statistiken in NRW verdeutlichten, dass heute ein anderes Lagebild von Kriminalität als noch vor fünf, zehn oder zwanzig Jahren vorherrschen würde. Schlagworte wie Computerkriminalität, organisiertes Verbrechen, Korruption, Bestechung und Umweltkriminalität verdeutlichten dies. Dieser politischen, gesellschaftlichen und sozialen Bedeutung werde die rot-grüne Landesregierung nicht gerecht. Für die CDU hingegen seien fiskalische Gesichtspunkte, wie öffentliche Finanznöte, kein Argument staatlicher Sicherheitsverantwortung, da der Rechtsstaat dem Bürger ein Höchstmaß an Sicherheit schulde, egal, was dies für den staatlichen Haushalt bedeute. An Innenminister Behrens richtete Kruse die Frage, wie ernst er die Beschwerden vieler Bürgerinnen und Bürger nehme, die sich darüber beklagten, z. B. bei Wohnungseinbrüchen oder Verkehrsunfällen auf die Polizei warten zu müssen. **Hans-Peter Meinecke** (SPD) vermutete, dass Kruse das System der leistungsbezogenen Kräfteverteilung bei der Polizei in NRW nicht verstehe. „Ich gehe davon aus,

dass es Sie gar nicht interessiert.“ Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Kruse die Ankündigungen „seines“ neuen Generalsekretärs, mit populistischen Themen die Stammtische zu erobern, bereits im Feldversuch erproben würde. Schließlich müsse „vor Ort“ selbst entschieden werden, wie das Personal im Einzelfall verwendet werde, dafür gebe es selbständige Polizeibehörden. Dies sei nicht Angelegenheit des Innenministers. Nicht zusätzliche Einstellungen, sondern planmäßige Verwendung laute die Devise. Die Forderungen der CDU „und ihrer Verbündeten in der Polizeigewerkschaft und im Beamtenbund“ bezeichnete Meinecke als „populistisches Geschwätz“. **Horst Engel** (FDP) bemängelte, dass im Innendienst der Polizei der Personalbestand kontinuierlich steige, während er im Wach- und Wechseldienst stagniere. Erschreckend sei dabei die Situation in Münster, wo jeder dritte Wachdienstbeamte inzwischen im Innendienst beschäftigt sei. Ähnliche Entwicklungen seien z.B. in Wesel und Olpe zu beobachten, wo der Innendienst auf 17 bzw. 14 Prozent stieg. „Die Behörden, die an der belastungsbezogenen Kräfteberechnung vorbei zu viele Beamte in Innendienststellen verwenden, müssen ein Sicherungskonzept für den Wach- und Wechseldienst vorlegen, und zwar für die innere Sicherheit.“ **Monika Düker** (GRÜNE) kritisierte die „Kruse-Formeln“ scharf: „Mehr Polizei gleich mehr Sicherheit“ oder „mehr Wachen, alles erhalten, wie es ist gleich mehr Sicherheit“ seien „sehr bedenklich“ und

„nicht immer geeignet, komplexe Probleme zu lösen“. Wo und wie, so Düker weiter, das Personal in den Kreispolizeibehörden individuell eingesetzt werde, müsse der Entscheidungskompetenz vor Ort obliegen. Diese Kräfteverteilung könne nur der jeweilige Behördenleiter vornehmen. „Das sollte nicht der Innenminister machen.“ NRW habe heute über 2 000 Bezirksbeamte mehr, es gebe also nicht weniger, sondern mehr Polizei auf den Straßen. Niedrigere Kriminalitätsraten und steigende Aufklärungsquoten seien die Folge. **Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) stellte fest, dass die Polizeistärke den Aufgaben entsprechend erhalten geblieben sei. Zwar habe es Probleme bei der Nachbesetzung der Stellen gegeben, weil kurzfristig zu viele Beamte ausgebildet worden seien, dies sei aber schließlich durch geringere Einstellungen ausgeglichen worden. Ab dem Haushalt 2001 bis zum Jahre 2006 würden Stellen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Angestelltenpositionen umgewandelt. Dies sei eine Konsequenz aus einem Kienbaum-Gutachten, das konstatierte, dass Unterstützungsarbeiten in Verwaltung und ADV besser von Mitarbeitern wahrgenommen werden könnten, die auf diese Bereiche spezialisiert seien, als von für andere Aufgaben ausgebildeten Beamten in der Polizei. Einen Wirtschaftskriminellen oder Steuerhinterzieher könne man im Zweifel nicht „auf der Straße fangen“, hier helfe die Polizeipräsenz draußen nichts. Dennoch habe bürgernahe Polizeiarbeit oberste Priorität.

### Grundschulgutachten Den Kindern und Eltern gerecht werden

*Die FDP-Fraktion hat in einem Antrag ein „verbindliches Grundschulgutachten statt unverbindlicher Empfehlungen“ gefordert. Dabei ging es um Qualitätssicherung. Aber es gab selbst eine Stimme der FDP, die klar feststellte, wichtiger als Qualitätssicherung sei es, den Kindern und Eltern gerecht zu werden (Drs. 13/301).*

**Ralf Witzel** (FDP) begründete den Antrag u. a. mit dem Hinweis, man brauche objektive Zugangsvoraussetzungen für höher qualifizierende Bildungsabschlüsse. 80 bis 85 Prozent folgten ohnehin der Grundschulempfehlung. Entscheidend aber sei die Frage: Was geschehe mit dem Rest, den restlichen 15 bis 20 Prozent. Da reiche eben allein ein unverbindliches „nice-to-know“ für die FDP nicht aus.

**Manfred Degen** (SPD) sagte, nun seien wahrscheinlich alle seit Jahren darin einig, dass die Zahl der Schulformwechsler, der Schülerinnen und Schüler, die also vom Gymnasium zur Realschule bzw. von der Realschule zur Hauptschule wechseln müssten, viel zu hoch sei. Das Problem allerdings lasse sich nicht durch formale verbindliche Gutachten, durch Zensurenan-

forderungen oder durch Prüfungen lösen. Deshalb sei es angesichts der Erfahrungen nur kosequent, „dass wir in Nordrhein-Westfalen letztlich beschlossen haben, die Eltern entscheiden zu lassen“.

**Bernhard Recker** (CDU) hielt den Regierungsparteien vor, sie blieben hier wieder auf halbem Weg stehen. Wenn offensichtlich der Ehrgeiz der Eltern das realistische Leistungsvermögen des Kindes völlig außer Acht lasse, „haben wir im Interesse des Kindes Steuerungsmechanismen vorzunehmen“. Recker nannte die notwendigen Säulen: Elternwunsch, das Votum der abgebenden Schule und das Anforderungsprofil der aufnehmenden Schule und damit auch das Leistungsvermögen der Kinder. Nur diese Kombination gewährleiste aus Sicht der CDU ein Übergangsverfahren, das der Begabung der Kinder entspreche und sie vor Überforderung schütze und andererseits Voraussetzungen schaffe, um mehr Qualität in weiterführende Schulen zu bringen.

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) wandte sich an die FDP mit der Frage, ob sie sechs- bis zehnjährige Kinder wirklich dem Druck aussetzen wolle, spätestens in Klasse 4 hervorragende Leistungen bringen zu müssen, um das Gymnasium zu besuchen, um dort die größtmögliche Aussicht auf einen Berufserfolg, auf Anerkennung, auf ein großes dickes Auto zu haben? „Halten Sie es für pädagogisch sinnvoll, kleine Kinder einem solchen Leistungszwang zu unterwerfen?“, fragte die Fraktionsvorsitzende. „Grundschulen sind für alle Kinder da!“

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) sagte: „Weil das Leben nun einmal so bunt ist, weil Kinder sehr unterschiedlich sind, müssen wir Verantwortlichkeiten regeln.“ Man müsse aber die Verantwortlichkeiten nicht so regeln, dass sich der Staat jeweils an die Stelle der Eltern setze. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Elternentscheidung nach dem vierten Schuljahr und der schulischen und damit der staatlich verantworteten Entscheidung nach dem sechsten Schuljahr sei eine vernünftige Ausbalancierung unterschiedlicher Sichtweisen und möglicherweise auch unterschiedlicher Interessenlagen. „Es gibt Bereiche, in denen nicht alle Probleme durch eine Prognose lösbar sind“, folgte die Ministerin.

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) betonte, es gehe ums Kind und um nichts anderes. Sie hätte gerne auch eine Qualitätssicherung für die Kinder, „die unseren Ansprüchen nicht genügen“. Sie sei gegen das Abschieben einer Rolltreppe abwärts. „So etwas nennen wir dann ‚Durchlässigkeit des Systems‘. Es geht fast immer runter und nur selten rauf.“ „Verbindliches Grundschulgutachten“ heiße doch nichts anderes, als dass der Grundschullehrer nach seinen vier Jahren Erfahrung mit dem Kind grundsätzlich ernst genommen werden sollte. „Bisher werden diese Gutachten weggelegt.“

**Manfred Degen** (SPD) wandte sich mit den Worten an seine Vorrednerin: „Frau Kollegin, ich muss sagen, das war eine erfrischende Rede.“

## Nordrhein-Westfalen weist in Abfallpolitik dem Bund den Weg

*Nordrhein-westfälische Umweltschutzstandards in der Abfallwirtschaft setzen sich bundesweit durch, lautete ein Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN, der in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Koalition gegen die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP angenommen wurde. Mit dem Antrag wollten die Regierungsfractionen das Vorgehen auf Bundesebene unterstützen. Eine entsprechende Verordnung soll am 21. Dezember im Bundesrat beraten werden (Drs. 13/420).*

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) sagte, man erlebe einen großen Tag für die Abfallwirtschaft und für die Ökologie und man erlebe eine Bestätigung der langfristigen Politik von Klaus Matthies und der nordrhein-westfälischen SPD. Die sozialdemokratische Linie der Vernunft bei der ökologischen Abfallwirtschaft habe sich in der vorliegenden Bundesverordnung auf ganzer Linie durchgesetzt. Er erinnerte an die Diskussion vor 20 Jahren über den Müllnotstand. Die Antwort hier in NRW sei nicht nur damals gewesen, aber auch schon damals richtungsweisend für die ganze Republik: Vermeidung von Abfall, Verwertung von Abfall und ökologische Entsorgung. Der Abgeordnete zeigte sich froh darüber, dass das Bundesumweltministerium „auf unsere Linie eingeschwenkt ist“. Man könne sagen: Die ökologischen Standards seien entscheidend, die Technologie sei zweitrangig.

**Johannes Remmel** (GRÜNE) bestätigte ebenfalls, in der Tat handle es sich um eine Sternstunde der Müll- und Abfallpolitik in Nordrhein-Westfalen. Es habe eine deutliche Veränderung der Abfallpolitik in den letzten fünf Jahren gegeben. „Heute stehen wir mit einem guten Ergebnis da.“ Es gehe heute auch darum, das Vorgehen auf Bundesebene zu unterstützen. Die diesbezügliche Verordnung werde im Bundesrat, soweit er informiert sei, am 21. Dezember beraten. „Wir als nordrhein-westfälischer Landtag möchten natürlich die Landesregierung unterstützen, diese Verordnung im Bundesrat entsprechend auf den Weg zu bringen.“ Mit dem hier erarbeiteten Leitfadens seien die Impulse für diese Verordnung gerade aus NRW gekommen.

**Hubert Schulte** (CDU) stellte die Frage, wie es in Nordrhein-Westfalen mit der Abfallwirtschaft aussehe? Zu den Abfallbeseitigungsgebühren sagte er, diese klafften in den Städten und Gemeinden deutlich auseinander. Es gebe Städte und Gemeinden, die nach wie vor ihre Abfälle auf Billig- und Billigstdeponien ablagerten. Das habe zwar nichts mit Umweltschutz zu tun, aber für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sei es kostengünstig. Die Deponiebetreiber verfüllten „auf Deibel komm raus“ ihre Deponien, wohlwissend, dass dieses Verfüllen der Zielsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) nicht entspreche und diese unterlaufen werde. „Die dort geschehenen und auch weiterhin erfolgenden Ablagerungen sind die Altlasten von morgen.“ Ein Programm, das den Deponiebetreibern ermögliche, frühzeitig aus dieser entsprechenden Deponieverfüllung auszusteigen, sei bisher von der Landesregierung nicht aufgelegt worden.

**Felix Becker** (FDP) betonte, in eine angespannte abfallwirtschaftliche Situation komme Rot-Grün mit einem Antrag mit Resolutionscharakter in dieses hohe Haus, der nichts Anderes als ein äußerst umstrittenes technisches Verfahren beflügeln solle. „Dabei haben wir bereits jetzt teure Anlagenüberkapazitäten.“ Man müsse ja jetzt schon Müll importieren, um „unsere Anlagen“ überhaupt am Laufen zu halten. „Was sollen da noch umstrittene neue Anlagen?“, fragte der Abgeordnete und schloss mit der weiteren Frage: „Wie weit wollen Sie eigentlich die Bührenschraube noch anziehen?“ In der Abfallwirtschaft müsse die politische Maxime Konsolidierung und nicht Konfusion lauten.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) merkte an, sie könne sich heute gelassen zurücklehnen. In Nordrhein-Westfalen sei alles geregelt. Manchmal wäre es auch für Abgeordnete wichtig, sich vor Ort umzuschauen. Dort sei die Bewertung häufig vollkommen anders als hier in der Debatte. Eines sei deutlich geworden. Der sehr anspruchsvolle Leitfadens, den man in Nordrhein-Westfalen für eine neue Technologie, für mechanisch-biologische Anlagen aufgestellt habe, habe sich auf Bundesebene durchgesetzt. Deshalb sei es für die Planungssicherheit der Kommunen, die damit arbeiten wollten, gut, dass die Kriterien des Leitfadens in der TASi festgeschrieben würden. „Alle, die nach dem Leitfadens für mechanisch-biologische Anlagen geplant haben, können jetzt sehr gut mit der TASi weiterarbeiten und brauchen keine Veränderungen vorzunehmen“, stellte die Ministerin fest. Von daher habe sich die Auffassung von Nordrhein-Westfalen durchgesetzt, hohe Umweltstandards für mechanisch-biologische Anlagen vorzuschreiben.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) meinte, es sei vielleicht ein guter Tag für die Koalition, aber ein schlechter für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande. Warum? der einzige Vorteil, den diese Verordnung habe, sei —

das gebe er zu — der andere Rechtscharakter gegenüber der jetzigen TASi, und zwar deshalb, weil diese Verordnung den Bund in die Lage versetze, gleiche Bedingungen in allen Bundesländern zu schaffen, was bis heute nicht der Fall gewesen sei. Die Inhalte seien jedoch wirklich dramatisch anders. Er hätte nie gedacht, dass GRÜNE aus ideologischen Gründen hingen und Umweltstandards so nachhaltig senkten.

**Stephan Gatter** (SPD) unterstrich, es gehe gar nicht um den Gegensatz MBA/MVA (Mechanisch-Biologische Anlage/Müllverbrennungsanlage). Es gehe darum, die Probleme, die die Deponien aufwerfen würden, zu lösen. In der Hinsicht sei die TASi ein ziemlicher Papiertiger gewesen, denn sie sei unterlaufen worden. „Dem wird jetzt ein Riegel vorgeschoben. Gott sei Dank!“ Er bezeichnete es als eine sehr gute Aussage der Ministerin, „dass wir in Nordrhein-Westfalen schneller sein werden, als die Ablagerungsverordnung des Bundes es fordert“. Aber eines sei ganz deutlich und davon gehe er aus: „Mit unserer Siedlungsstruktur und unseren Anlagekapazitäten wird in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2009 keine Eildemonie genehmigt.“

**Holger Ellerbrock** (FDP) sagte, in dem Antrag gehe es um die umweltgerechte Beseitigung von Siedlungsabfällen. Wer würde dem denn widersprechen? In Wirklichkeit aber werde doch eine Konkurrenzsituation zwischen MBA und MVA hergestellt. Die FDP sage ganz klar Ja zur MVA und Ja zur MBA, der mechanisch-biologischen Anlage, hinsichtlich Forschung, hinsichtlich Großtechnik aber Nein zur zweiten Versorgungskette. Er stimme der Ministerin zu, man müsse so schnell wie möglich bundesweite Standards hinsichtlich der Beendigung der Laufzeit von nicht TASi-gerechten Deponien schaffen. „Das ist wirklich schlimm, was sich gerade die öffentliche Hand im Bereich der nicht TASi-gerechten Deponien an Ökodumping leistet“, folgte der Abgeordnete.



Am der Regierungsbank: Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD, 2. v. l.) im Gespräch mit Finanzminister Peer Steinbrück (SPD, unten r.) und Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE, unten l.). Rechts neben dem Regierungschef FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen W. Möllemann, links der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch.

Foto: Schälte

## Fischer: 10 000 eingerichtet

# Opposition fragt nach Zukunft der Kinderhorte

Die CDU-Fraktion hat sich in einem Antrag dafür stark gemacht, Kinderhorte in Nordrhein-Westfalen intensiv zu fördern. Jugend- und Familienministerin Birgit Fischer (SPD) teilte mit, dass seit 1992 rund 10 000 Hortplätze im Land eingerichtet worden seien. Der Antrag der Union wurde mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt (Drs. 13/289).

**Regina van Dinther** (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte, es gehe der CDU nur um ganz wenige klare Kernaussagen zum Thema „Kinderhorte“. Von der Koalition wollte sie wissen, was diese mit den Horten in NRW plane, ob es eine tatsächliche Weiterentwicklung des Hortangebotes gebe oder ob man den Hort als Auslaufmodell plane. „Was wir wollen, können wir Ihnen schon einmal sagen. Wir akzeptieren für alle Kinder, die nur einen zeitlich begrenzten Betreuungsaufwand haben, auch Angebote, die mit der verlässlichen Grundschule von 8 bis 13 Uhr vergleichbar sind“, erläuterte die Politikerin. Billigangebote für Kinder, die zum Beispiel den ganzen Nachmittag in Betreuung außerhalb des Elternhauses müssten, seien aber für die CDU nicht akzeptabel.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) betonte die nach wie vor qualitativ hochwertige und flexible Kindergartenlandschaft in NRW, die im Vergleich zu anderen Bundesländern beispielgebend sei ... „Das hat damit zu tun, dass unser Konzept von den Bedürfnissen der Eltern, der Alleinerziehenden und der Kinder ausgeht“, sagte der Abgeordnete. Die Eltern erwarteten nach der er-

folgreichen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, dass jetzt rasch und zügig verlässliche Angebote für die Betreuung von schulpflichtigen Kindern in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt würden. Dies sei allerdings nur möglich, wenn alle Ressourcen der Jugendhilfe, einschließlich des Hortes, aber auch der Schule, des Sports, der Kultur und anderer Bereiche im Rahmen eines flexiblen Bausteinsystems genutzt würden.

**Christian Lindner** (FDP) nannte das vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung ausgewiesene Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode für über 200 000 Kinder und Jugendliche zusätzliche Betreuungsangebote zu schaffen, „aus meiner und aus der Sicht meiner Fraktion“ in hohem Maße sinnvoll und mehr denn je zwingend notwendig. Die Unübersichtlichkeit der Förderung sei für die FDP nicht einmal ein Problem. Wenn gefördert werde und Familien geholfen werde, dann sollten sich die Kommunen anstrengen, auch durch unübersichtliche Programme einen Weg zu finden. „Die Frage ist nur, ob und wie gefördert wird“, stellte Lindner fest.

**Ute Koczy** (GRÜNE) fand es gut, wichtig und auch richtig, dass sich die CDU jetzt für die Horte einsetze. „Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft Hortplätze“, unterstrich die Abgeordnete. Aus jugendpolitischer Sicht müsse alles daran gesetzt werden, existierende Gruppen und die Hortplätze weiterzufördern und gemäß dem Bedarf mit Blick auf die Kostenneutralität auch auszubauen. „Wir wollen in der Regierungskoalition weiter dafür sorgen, dass die Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen beispielgebend ist.“ Der Hort sei das Wunschangebot vieler Eltern, die ihr Kind gut betreut wissen wollten und die sich auch darauf verlassen wollten, dass eine sozialpädagogische Betreuung stattfindet.

**Jugend- und Familienministerin Birgit Fischer** (SPD) betonte, es sei vollkommen

unstreitig, dass man keine ausreichenden Plätze an Ganztagsbetreuung in NRW habe. Darum sei auch intensives Vorgehen erforderlich, um möglichst viele neue Plätze in dieser Legislaturperiode einzurichten. Der CDU hielt sie vor, diese habe anscheinend völlig vergessen, dass man allein in den letzten Jahren 1,6 Milliarden Mark für das GTK (Gesetz über Tageseinrichtung für Kinder) ausgegeben habe, um zusätzliche Kindergartenplätze zu schaffen. Auf eines aber wies die Ministerin ganz deutlich hin: Es gehe nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch um das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Erziehung und Förderung. Das sei ein eigenständiger Anteil, den Kindergartenplätze, Hortplätze und sonstige Einrichtungen einzulösen hätten. Das müsse hervorgehoben werden, und das sei nicht nur eine Frage der Vereinbarkeit. Seit 1992 seien mit finanzieller Förderung des Landes 10 000 Hortplätze eingerichtet worden, und zwar sowohl in Horten als auch in Schulkindehäusern. Auch im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr sei weiterhin eine finanzielle Förderung der 43 000 Hortplätze vorgesehen.

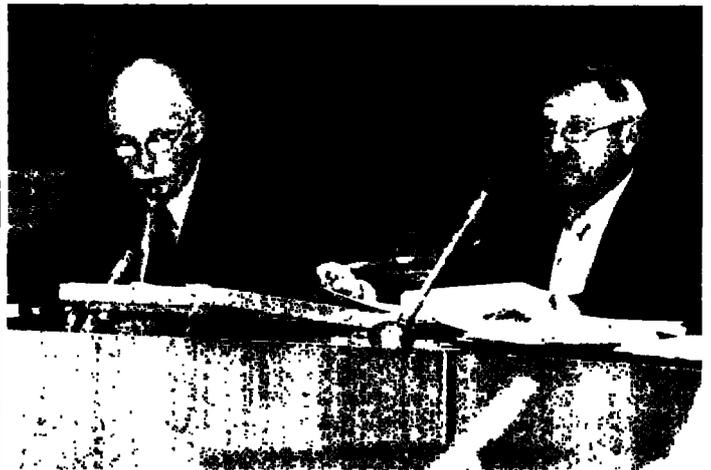
**Thomas Mahlberg** (CDU) merkte nach dem Beitrag von Frau Fischer an, ganz offensichtlich sei doch, dass die Frage nach der Zahl der in NRW fehlenden Hortplätze sehr unangenehm sei, die nach Möglichkeit nicht beantwortet werden solle. Deshalb versuche man, sich an der Stelle herauszureden, indem man sage, dass es differenzierte Angebote geben solle.

**Karl Peter Brendel** (FDP) berichtete, er sei Trägervorstandsmitglied einer Kindertagesstätte mit fünf Gruppen, 90 Kindern. Angeboten werde alles, was es gebe: große Altersmischung, kleine Altersmischung, Hort und Sonstiges. Man habe sich auch an SiT (Schülertreffs in Tageseinrichtungen) beteiligen wollen, weil man den Stress gehabt habe, dass diejenigen Kinder, die ordentlich betreut worden seien, bei Eintritt ins Schulalter vor der Frage stünden, was sie machen sollten. „Also wollten wir ihnen SiT anbieten. Wir haben zunächst die Ausschreibung gelesen und sie anfänglich nicht verstanden. Wir haben in unserem Jugendamt nachgefragt, ob sie uns die Ausschreibung erklären könnten. Die kannten aber das Programm noch nicht. Anschließend kannten sie es zwar, konnten es uns aber auch nicht erklären“, erläuterte Brendel. Wenn vielleicht einmal jemand der Regierungsfaktionen bereit wäre, „mich in Marsberg in der Einrichtung zu besuchen, um mir zu erklären, wie ich das ordentlich auf die Reihe bekommen kann, würden wir beim nächsten Mal SiT machen“, schlug er vor.

**Bernd Flessenkemper** (SPD) sagte, Fakt sei, dass man sich bemühe, den Bedürfnissen der Eltern und Alleinerziehenden gerecht zu werden. Das könne man nicht ausschließlich über ein Hortangebot. Das könne man nicht, wenn man sich einmal anschauen, was es vor Ort bedeuten würde, über 200 000 Plätze neu zu schaffen. Das habe nicht nur etwas mit finanziellen Ressourcen zu tun, sondern auch damit, dass man so viele Grundstücke in Ballungsräumen gar nicht habe, dass man die Planungsfragen nicht umsetzen könne, dass das alles Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern würde.



Der vor einiger Zeit neu gewählte Vorstand des Vereins ehemaliger Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen hat eine Vorstandssitzung im Parlament abgehalten und gleichzeitig Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) einen Antrittsbesuch abgestattet. Vorsitzender des Vorstandes ist Staatsminister a.D. Dr. Rolf Krumsiek (4. v. r.). Seine Stellvertreter sind die ehemaligen Abgeordneten Herbert Faust (5. v. l.) und Dr. Fritz Bergmann (6. v. l.). Das Amt des Schatzmeisters hat Lukas Schaa (5. v. r.) und das Amt des Geschäftsführers Horst Sommerfeld (3. v. l.) inne. Die sieben Beisitzer sind Dr. Hubert Türk (r.), Erika Rothstein (2. v. r.), Hans-Joachim Kuhl (3. v. r.), Hildegard Matthäus (4. v. l.), Karl Ernst Strothmann (2. v. l.) und Hermann Kampmann (l.). Beim Termin verhindert und damit nicht im Bild: Erwin Pfänder. Foto: Schälte



Der Hauptausschuss bei der Beratung in Sitzungen dieses Herbstes: Im rechten Bild v. r. Ausschussvorsitzender Edgar Moron und der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch; im linken Bild v. l. die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Sylvia Löhrmann, die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Carina Gödecke, SPD-Sprecherin Dorothee Danner und Eimar Neitzel, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Fraktion. Fotos: Schälte



Die Opposition im Hauptausschuss; im linken Bild v. l. der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) und CDU-Sprecher Werner Jostmeier; im rechten Bild v. l. die Parlamentarische Geschäftsführerin Marianne Thomann-Stahl und der Abgeordnete Dr. Stefan Matthias Grüll (beide FDP) sowie der Parlamentarische Geschäftsführer Heinz Hardt (CDU).

## Zwischenbericht Verfassungsschutz – Themenvielfalt im Hauptausschuss

### UN-Standort Bonn wird „Campus Vereinte Nationen“

Zahlreiche Tagesordnungspunkte hatte der Hauptausschuss in seiner 5. Sitzung am 30. November auf dem Programm. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) wurde die Geschäftsordnung für den Landtag einstimmig angenommen. Anschließend berieten die Fraktionsvertreter über den Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der schließlich gegen die Stimmen der Freien Demokraten zur Annahme an den Landtag übergeben wurde. Auch drei Staatsverträge, jeweils zwischen NRW und den Ländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und der Hansestadt Hamburg, über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüferinnen und -prüfer und der vereidigten Buchprüferinnen und -prüfer zum Versorgungswerk der Wirtschafts- und vereidigten Buchprüfer im Land NRW, wurden vom Hauptausschuss beschlossen.

Lebhaft diskutiert wurde dann über den Abschlussbericht einer unabhängigen („Berger“-)Kommission zur Neuordnung der Bezüge von Mitgliedern der Landesregierungen in Bayern und NRW. Da die Kopplung der Ministerbezüge an das Beam-

tenrecht nicht mehr zeitgemäß sei, schlägt die Kommission in ihrem Bericht einen Systemwechsel vor – die Abkehr von der Anbindung der Ministerbezüge an die Beamtenbesoldung. Würden Minister vergleichbar wie Führungskräfte der Wirtschaft bezahlt, gäbe es für die Öffentlichkeit eine bessere Transparenz. Die Kommission empfahl folgende Bezüge: Ein Ministerpräsident bekäme jährlich 650 000 Mark, sein Ministerkollege 500 000, während einem bayrischen Staatssekretär immerhin noch 450 000 Mark auf sein Konto überwiesen würden.

#### Im „Langen Eugen“

Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, erläuterte, dass die passiven Bezüge im Versorgungsbereich (z. B. das Übergangsgeld) beibehalten werden sollten und sympathisierte mit einem „reinen Versicherungslösungsprinzip eines modernen Staates“. Die Bezugsregelung müsse länderübergreifend transparent sein, daher müsse diese Diskussion noch weiterge-

führt werden. „aber nicht allein im Land NRW“. Noch habe man kein „abschließendes Meinungsbild“. FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen W. Möllemann witterte Vernebelung und fragte direkt zurück: „Habe ich den richtigen Eindruck, dass Sie dieses heikle Thema versenken wollen?“ – Nein, für Versenkung sei die Landeregierung nicht zuständig konterte Adamowitsch und betonte noch einmal die Notwendigkeit einer länderübergreifenden Diskussion über die Ergebnisse der „Berger-Kommission“; zwar sei dieser Prozess aufgenommen, aber auch in den anderen Ländern sei man noch zu keinem abschließenden Meinungsbild gelangt. Edgar Moron fügte hinzu, dass Ministerpräsident Clement mit seinen derzeitigen Bezügen zufrieden sei, während Werner Jostmeier (CDU) vor einem Ausgang „wie das Hornberger Schießen“ warnte. Lebhaft wurde die Diskussion, als sein Fraktionskollege Heinz Hardt wissen wollte, warum nicht alle Länder vorher an einen Tisch gebracht worden seien. Staatssekretär Adamowitsch erklärte daraufhin, dass es eine „Sisyphusarbeit“ sei, 16 Ministerpräsidenten auf einen gemein-

(Fortsetzung auf Seite 14)

## Verfassungsschutz ...

(Fortsetzung von Seite 13)

samen Fragenkatalog zusammenzubringen. Jetzt müsse man anhand konkreter Vorschläge der Kommission mit den anderen Ländern reden. Moron ergänzte, dass die Kommissions-Vorschläge nicht in absehbarer Zeit vom Landtag umgesetzt würden.

Weiterer Tagesordnungspunkt war der Stand der Bemühungen um die Stadt Bonn als UN-Standort. Werner Jostmeiers Frage, ob der „Campus Vereinte Nationen“ nun kommt, wurde vom Ausschussvorsitzenden bejaht. Der Campus mit seinen zahlreichen Sekretariaten werde im ehemaligen Abgeordnetenhaus in Bonn („Langer Eugen“) etabliert, die Finanzierungsregelung zwischen Bonn und Berlin sei auf einem guten Weg.

Im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und -entscheid wird am 8. März kommenden Jahres eine Anhörung von Sachverständigen stattfinden. Der TOP „Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung“ wurde aufgrund der Vielzahl an Vorschlägen vertagt. Moron empfahl auch hier eine Sachverständigen-Anhörung, außerdem stehe der Gesetzentwurf der Koalition noch aus. Hier wird nach einem Sondertermin gesucht, an dem alle Ausschüsse eingeladen werden. Zum Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags NRW“ bemerkte Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), dass die öffentliche Diskussion eine Klarstellung fordere, eine weitere Überarbeitung des Gesetzes jedoch einige Jahre in Anspruch nehmen würde. Daher sollte man die Entscheidung hierüber nach mündlicher Beratung bald treffen. Bei der SPD-Fraktion bestehe hingegen noch Handlungsbedarf, man müsse aber zügig handeln, erklärte Vorsitzender Edgar Moron. Abschließend wurde über den Zwischenbericht des Verfassungsschutzes des Landes

NRW für das Jahr 2000 debattiert. So fragte Jostmeier den Leiter der Abteilung Verfassungsschutz, Dr. Hartwig Möller, ob es neue Erkenntnisse bezüglich eines rechtsextremistischen Hintergrundes bei dem Bombenanschlag am S-Bahnhof in Düsseldorf-Wehrhahn gebe. Dr. Möller entgegnete, dass hier nach wie vor keine Erkenntnisse vorlägen, die diesen Schluss zuließen. Vera Dewandala (SPD) erklärte, dass die NPD laut Dr. Möllers Bericht nicht zu Straßenaktionen aufgerufen habe. Skinheads seien aber, so Dewandala weiter, in die Organisationsformen der NPD einbezogen, die auch demonstrierten. Dr. Möller bestätigte eine symbiotische Zusammenwirkung von „legierer“ Partei und Straßen-Skins. Zunächst habe die NPD Demonstrationen angemeldet, sich dann aber zurückgezogen, so dass die Nicht-Organisierten selbst Demos planten, die vom Bundesverfassungsgericht genehmigt worden seien. Inzwischen melde die NPD wieder eigenständig öffentliche Auftritte an. Möller war der Auffassung, dass innerhalb der NPD Meinungsverschiedenheiten über das taktische Verhalten der Partei vorherrschten.

Hauptausschussvorsitzender Moron zeigte kein Verständnis dafür, wie die PDS im Bericht auf zwei DIN-A4-Seiten abgehandelt werde. Dr. Möller antwortete, es handele sich lediglich um einen Zwischen- und nicht um einen Jahresbericht. Seit dem PDS-Parteitag in Münster sei nicht viel passiert. Interessant bliebe die SED-Nachfolgepartei jedoch wegen der Integration ihrer altkommunistischen Einheiten.

## Zwischenbericht des Verfassungsschutzes

Der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes hat die neuesten Daten aus dem Zwischenbericht für „Landtag intern“ zusammengestellt: Im Gegensatz zu der Gesamtentwicklung aller politisch-motivierten Straftaten,

die in NRW um fast 30 Prozent stagnierten, haben rechtsextremistische Übergriffe im 1. Halbjahr 2000 um 20 Prozent bzw. 117 Fälle zugenommen. Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten einschließlich militanter Skinheads erhöhte sich von 680 (1999) auf 720 (bis Oktober 2000). Gewalttaten dieser Gruppen finden überwiegend spontan und aus schwach organisierten Cliquen, meist unter Alkoholeinfluss statt. Mehr als zwei Drittel der Täter sind Jugendliche, davon fünf Prozent junge Frauen. Nur ein Fünftel ist arbeitslos. Durch eine Vielzahl von Aussagen wichtiger NPD-Funktionäre und Quellenberichten von V-Leuten des Verfassungsschutzes ist eine rassistische und dem Nationalsozialismus wesensverwandte Zielrichtung dieser Partei belegbar. Durch die aggressive, aktiv-kämpferische Grundhaltung der NPD sieht der Verfassungsschutz die notwendige Voraussetzung für ein Parteienverbot gegeben, das sich juristisch überzeugend belegen ließe.

Die deutsche Neonaziszene verfügt über rund 2200 Aktivisten und mobilisierbare Sympathisanten, davon ein Zehntel in NRW. Hier existieren lose zusammengeschlossene „Freie Kameradschaften“ oder ähnlich strukturierte Personenzusammenschlüsse in Bielefeld, Minden/Lübbecke, Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Köln, im Sauer-/Siegerland und im Rhein-Sieg-Kreis. Hinweise auf planmäßigen Terrorismus von rechts gebe es in NRW derzeit nicht, da es an anerkannten Köpfen mit Führungsqualitäten, Strukturen und entsprechenden Strategien fehle, hieß es. Waffenarsenale und Gewaltbereitschaft jedoch müssten als potentielle Gefahr angesehen werden. Zunehmend gerieten Jugendliche unter den Einfluss rechtsextremen Gedankenguts und in Beziehung mit organisierten Foren. Als „Einstiegsdroge“ wird hier u. a. aggressive Skin-Musik mit volksverhetzenden Texten genannt, aber auch die Verbreitung und der Zugriff auf rassistische Seiten im Internet. (Der komplette Zwischenbericht ist über das Internet unter [www.verfassungsschutz.nrw.de](http://www.verfassungsschutz.nrw.de) abrufbar.)



Zwei hohe Vertreter des Konsularischen Korps haben den Landtag besucht. Im Bild links empfängt Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) den türkischen Generalkonsul Atas Öktem (l.). Mit dabei der Direktor beim Landtag Peter Jeromin (r.). – Im Bild rechts stattet der spanische Generalkonsul Miguel Arias (2. v. l.) in Begleitung von Attaché Villanueva (2. v. r.) dem Landtagspräsidenten (l.) seinen Antrittsbesuch ab und wurde auch von Landtagsdirektor Jeromin (r.) begrüßt. Fotos: Schälte

## Verkehrsausschuss lädt Kniola als Bahnexperten ein

### Trennung von Netz und Betrieb beantragt

Zwei Anträge der FDP zu den Themen Fernverkehrstunnel Ruhrgebiet und Metrorapid lehnten die Fraktionen der SPD, CDU und der GRÜNEN in der von Vorsitzendem Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 23. November ab. Sie verwiesen auf ihre Stellungnahmen im Plenum (s. vorige Ausgabe). Beim FDP-Antrag „Konzept der ehemaligen Regierungskommission Bahn zur Strukturreform der Bahn zügig umsetzen – Trennung von Netz und Betrieb“ (Drs. 13/319) signalisierten die Sprecher der drei anderen Fraktionen jedoch große Übereinstimmung. Über diesen Antrag wurde noch nicht abgestimmt, da aktuelle Bezüge eingearbeitet und ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen daraus werden soll.

Zum Bahn-Antrag der FDP „Trennung von Netz und Betrieb“ schlug Heinz Wirtz (SPD) vor, den früheren NRW-Verkehrsminister Franz-Josef Kniola in den Verkehrsausschuss einzuladen. Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag zu. Kniola sei Vorsitzender der NRW-Bahn-Kommission und auch Mitglied der so genannten „Pällmann-Kommission“ gewesen, die 1999 vom Bundesverkehrsminister eingesetzt worden war und Anfang September 2000 Empfehlungen für die zukünftige Finanzierung der Bundesfernstraßen, der Schienen und Bundeswasserstraßen vorgelegt hat. Die NRW-Bahn-Kommission soll die Bahnstrukturreform von 1994 überprüfen und Korrekturen vorschlagen. Dazu hatte Minister Schwanhold im Verkehrsausschuss erklärt, das Landesregionalisierungsgesetz solle angepasst und dabei die Betriebskostenförderung überdacht werden. Auf Bundesebene solle dem Staat eindeutig die Verantwortung für die Bahn zugesprochen werden.

Im FDP-Antrag (Drs. 13/319) wird aus der „ehemaligen Regierungskommission Bahn“ zitiert, nur durch Trennung von Netz und Betrieb könnten Dritte einen diskriminierungsfreien Zugang zum Netz bekommen könnten. Wegen der großen Probleme einer solchen Trennung solle für die Übergangszeit dazu eine Regulierungsstelle geschaffen werden. Außerdem heißt es im Antrag, auf Streckenstilllegungen solle in der Übergangszeit verzichtet und solche Entscheidungen der Regulierungsstelle übertragen werden. Die Praxis der Trassenpreisbildung habe gezeigt, dass die Bahn AG überfordert gewesen sei und den Wettbewerb nicht fördere, solange sie selbst Eigentümerin des Netzes sei.

Auf Bitten des Ausschusses berichtete Ministerialdirigent Dr. Dieter vom Rath (Verkehrsministerium) dann über Lärmschutz an Bundesautobahnen. Er wies auf zwingende einheitliche Regelungen des Bundes hin. Bei Neubau oder wesentlichen Veränderungen hätten Anlieger Rechtsansprüche

auf Lärmschutz-Baumaßnahmen bei festgelegten Lärmgrenzwerten. An bestehenden Verkehrswegen gebe es freiwillige Leistungen des Bundes. Beim Lärmschutz an den von Abgeordneten angesprochenen Autobahnen A 33, A 40, A 46 und A 3 sei nach teilweise intensiven Überprüfungen und der Korrektur eines Fahrbahnbelags nichts nachzubessern. Die Abgeordneten äußerten sich unzufrieden mit Erläuterungen eines weiteren Vertreters des Ministeriums der Richtlinien über Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen, wonach spürbare Absenkung von Lärmwerten erst bei 60/80 Stundenkilometern für LKW/PKW zu erreichen sei, was jedoch der Verkehrsbeschleunigungsfunktion von Autobahnen widerspreche. Sie wiesen auf zunehmende Beschwerden von Anwohnern und höheres Verkehrsaufkommen hin.

### Mediale Weiterbildung

Multimediale Lernmittel könnten optimal nur zusammen mit anderen Lehrformen eingesetzt werden, antwortete Innenminister Dr. Fritz Behrens dem FDP-Abgeordneten Ralf Witzel auf dessen Kleine Anfrage „Modernität von Weiterbildungskonzepten für Landesbedienstete“ (Drs. 13/123) mit. Der Abgeordnete hatte auf moderne Weiterbildungskonzepte mit Computerprogrammen und Internet hingewiesen, die auf Elemente des Fernlernens abstellten. Das erspare Arbeitnehmern den aufwendigen Besuch von Veranstaltungen und ermögliche ihnen individuelleres Lernen. Arbeitgeber freuten sich über bessere Vereinbarkeit des Telelernens mit der täglichen Arbeitsplanung und belohnten die größere Flexibilität mit Genehmigungen über den Anspruch laut Weiterbildungsgesetz hinaus.

## Petitionsausschuss

### Gleichbehandlung bei Polizeibeamten

Mit einem nicht ganz alltäglichen Thema befasste sich der Petitionsausschuss am 5. Dezember. Die CDU-Abgeordnete Anne-Hanne Siepenkothen berichtete von der Eingabe eines Polizisten, der sich beschwerte, dass männliche Polizeivollzugsbeamte für die Teilnahme an (gerichtlich angeordneten) Leichenöffnungen 15 Mark, weibliche dagegen 18 Mark vergütet erhalten.

Die Abgeordnete stellte fest, dass die unterschiedliche Höhe der Vergütungen in einem Runderlass des Innenministers über „Nebenkosten bei Dienstreisen“ tatsächlich so geregelt ist. Begründet wird die höhere Vergütung für Polizistinnen laut Innenministerium mit „geschlechtsbedingt“ höheren Kosten für die chemische Reinigung der Kleidung und für den Friseur. Der Petitionsausschuss und auch der Petent ließen sich überzeugen, dass der kleine Unterschied bei der Pauschalvergütung einen rein sachlichen Grund habe und somit nicht gegen das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes verstößt.

### Hausverkauf

Der Sohn eines Kerpeners beschwerte sich beim Petitionsausschuss darüber, dass er wegen der Braunkohle-Abbaupläne für das Haus seiner Eltern in einem Gebiet, wo ab 2017 abgebagert werden soll, keine angemessene Verkaufssumme erzielen könne. Das Haus habe laut Maklerin einen Verkehrswert von 315 000 Mark. Er biete es seit längerem zu 285 000 Mark an, finde jedoch keinen Käufer, weil bekannt sei, dass Rheinbraun ab 2005 die Häuser zum Verkehrswert aufkaufen werde. Er bittet den Petitionsausschuss, „auf Rheinbraun dahingehend einzuwirken, dass entweder bereits jetzt mit dem Aufkauf von Häusern begonnen werde oder dass Rheinbraun einen angemessenen Ausgleich“ zwischen den Verkaufspreisen und dem tatsächlichen Verkehrswert zahlen solle.

Die Firma Rheinbraun riet dem Petenten, die Wertermittlung durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen durchführen zu lassen, da die Ansprüche an moderne Architektur und auch Energiekosten gestiegen seien und Verkehrswerte für ältere Anwesen daher von neueren Bauten abweichen könnten. Nachdem das Wirtschaftsministerium, um eine Stellungnahme gebeten, ähnlich antwortete, schloss sich der Petitionsausschuss der Empfehlung einer neuen, „amtlichen“ Wertermittlung an.



Um Lärmschutz an Bundesautobahnen ging es im Verkehrsausschuss, v.l. Heinz Hardt und Günther Langen (beide CDU), Peter Eichenseher (GRÜNE), Staatssekretär Jörg Hennerkes, Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD).  
Fotos: Schälte

## Unbehagen bei Kommunalpolitikern wegen abgelehnter Beigeordneter

Im Ausschuss für Kommunalpolitik lehnten in der vom Vorsitzenden Jürgen Thulke (SPD) geleiteten Sitzung am 22. November die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN den CDU-Antrag „Selbstverwaltung sichern – Rechte der Kommunen stärken“ (Drs. 13/182) ab. In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde debattierte der Ausschuss eine Stunde lang über das Thema „Besetzung von Beigeordnetenstellen und die veränderte Verwaltungspraxis der Kommunalaufsicht“.

Zum Antrag seiner Fraktion „Rechte der Kommunen stärken“ erläuterte Franz-Josef Britz (CDU) die fünf Forderungen: sichere Einnahmen durch eine Gemeindefinanzreform, Verankerung des „strikten Konnexitätsgrundsatzes“ (Finanzsicherung für kommunale Aufgaben) in der Landesverfassung, Reform der Gemeindeordnung (Rechte der hauptamtlichen Bürgermeister/Landräte), Vorrang für kommunale Aufgabenwahrnehmung vor Verstaatlichung, gesetzlichen Verankern der Beteiligungsrechte der Spitzenverbände. Dr. Axel Horstmann (SPD) lehnte ab unter Hinweis auf zu allgemeine Formulierungen, unpassenden Zeitpunkt

und bereits vorbereitete Initiativen. Ewald Groth (GRÜNE) schloss sich dem an, widersprach Antragsformulierungen zu den Gemeindefinanz und ergänzte, ein Hebesatzrecht für die Kommunen hätten die GRÜNEN unterstützt. Dr. Ingo Wolf (FDP) bekundete Sympathie für den Antrag und regte eine Fristsetzung für die Verbände-Beteiligung an.

Zur Besetzung von Beigeordneten-Stellen widersprach Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) in der Aktuellen Viertelstunde der CDU-Behauptung, die Kommunalaufsicht habe ihre Verwaltungspraxis geändert und erläuterte, nach der letzten Kom-

munalwahl habe es zwei Beanstandungen gegeben. Beigeordnete benötigten eine fachliche Ausbildung und ausreichende Erfahrungen, in größeren Kommunen die Befähigung zum Richteramt. Laufbahnrechtlich ersetze die Qualifikation für den höheren Dienst nicht diejenige für den gehobenen Dienst, die zum Beispiel Kenntnisse des Haushaltsrechts enthalte. Erwünscht seien Bürgermeister, die nicht aus dem öffentlichen Dienst kämen. Ihnen müssten aber erfahrene Beigeordnete zur Seite stehen. Die CDU-Abgeordneten Manfred Palmen und Josef Wilp hatten beanstandet, dass ein promovierter Volljurist als Beigeordneter und ein Ingenieur mit kommunalpolitischer Erfahrung als Beigeordnete abgelehnt worden seien, während für das hauptamtliche Bürgermeisteramt keinerlei Qualifikation vorausgesetzt werde. Heinz Wirtz (SPD), Ewald Groth (GRÜNE) und Dr. Ingo Wolf (FDP) bekundeten Unbehagen angesichts aktueller „Ungereimtheiten“ und „erstaunlicher Karrieren“ der Vergangenheit. Dr. Axel Horstmann (SPD) stimmte zu, das Problem bei der Reform der Gemeindeordnung zu regeln.

## WestLB im Haushaltsausschuss

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste sich in seiner Sitzung am 30. November 2000 unter der Leitung von Volkmar Klein (CDU) u. a. mit neuen Entwicklungen bei der WestLB, insbesondere mit den Plänen zu einer Neustrukturierung der Bank.

Finanzminister Steinbrück führte aus, die Präferenzen der Gewährträger in den bisherigen Debatten richteten sich auf ein Mutter-Tochter-Modell, das der Bundeskanzler gegenüber der EU-Kommission als spezifisches Lösungsangebot für NRW bezeichnet habe. Mit dem Lösungsvorschlag sei die Erwartung verbunden, damit eine Reihe weiterer strittiger Fragen zu lösen. Die Ge-

währträger hätten bei den Gremiensitzungen der Bank zwar das Mutter-Tochter-Modell vorgezogen, aber Wert darauf gelegt, dass die Themen Avalprovision oder Einlageversicherungsfonds dadurch nicht von der Tagesordnung gestrichen werden. Bis zur Umsetzung seien noch viele steuer-, bilanz- und handelsrechtliche Fragen zu lösen. Edith Müller (GRÜNE) fragte, ob eine vollständige Trennung der Bereiche nicht die bessere Lösung wäre und welche Auswirkungen sich durch das Mutter-Tochter-Modell auf die Förderpolitik des Landes ergeben würden. Michael Breuer (CDU) erkundigte sich nach Gesetzesinitiativen der Landesregierung. Ernst-Martin Walsken (SPD) äußerte den Wunsch, über die weiteren Entwicklungen im Ausschuss regelmäßiger informiert zu werden. Dieser Bitte schlossen sich die Sprecher der anderen Fraktionen an.

Finanzminister Steinbrück antwortete, die Gewährträger seien der Auffassung, dass Einflussmöglichkeiten besser bei einem Mutter-Tochter-Modell wahrgenommen werden können, so dass eine vollständige Trennung der Bereiche nicht die bessere Lösung sei. Das Risiko, dass Aktien von privaten Banken übernommen werden könnten, sehe er nicht. Auswirkungen auf die Förderpolitik des Landes seien nicht zu befürchten, weil diese auch künftig über die Kernbank, die öffentlich-rechtliche Mutter, laufen soll. Wenn mit der EU-Kommission bis ca. Februar 2001 ein Ergebnis zu erzielen sei, könnten dann die entsprechenden Beschlüsse der Gewährträger herbeigeführt werden. Er würde in diesem Fall anstreben, noch vor der Sommerpause ein Artikelgesetz mit einer Novelle des Sparkassengesetzes und des Wfa-Gesetzes in den Landtag einzubringen. *Silvia Winands*

## Grüne Themen im Wirtschaftsausschuss

In der vom Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 22. November ging es unter anderem um einen Kongress in Bonn und um Energiepolitik.

Nach der Einführung von Staatssekretärin Christiane Friedrichs (Umweltministerium) zum Kongress „NRW in globaler Verantwortung“ in Bonn fragte Vorsitzender Linssen, ob der Begleitband „Green Paper“ mit der Landesregierung abgestimmt sei. CDU-Sprecher Christian Weisbrich hielt es für überzogen, den Rest der Welt von einem „green cabinet“ in NRW überzeugen zu wollen. Er kritisierte den Umgang mit der Wirtschaft im „Green Paper“, der auferlegt werde, „Vermeidungsgewinne zu erkennen“. Er wandte sich auch gegen ökologische und soziale Aspekte in der Außenwirtschaftsför-

derung und warnte vor einer Konfliktstrategie. Niemand außer den Deutschen denke an die Abschaltung der Kernenergie. Im Gegenteil werde in den USA über die Verlängerung der Laufzeiten diskutiert. Auch FDP-Sprecher Dr. Gerhard Papke hielt es für richtig, dass der Wirtschaftsausschuss sich vorher damit befasse, da eine breite Außenwirkung im Namen des Landes NRW angestrebt sei. Es gehe auch um den Wirtschaftsstandort NRW.

Staatssekretärin Friedrichs teilte mit, der Ausschussvorsitzende nehme an dem Kongress teil, und erläuterte, in fünf Arbeitsgruppen seien mit Vertretern der Ressorts und der Staatskanzlei konkrete Lösungsansätze erarbeitet worden. Die fünf Handlungsfelder seien: nachhaltiges Wirtschaften in NRW, Nachhaltigkeit im Leitbild einer modernen Verwaltung, Internationalität von Forschung, Lehre und Bildung, Innovatives Handeln in der Einen Welt und nachhaltige Sozialpolitik. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold sagte, über Chancen nachhaltigen Wirtschaftens müsse disku-

tiert, Gouvernanz aber vermieden werden. Anschließend ging es der CDU um die von der NRW-Koalition angestrebte Verdoppelung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung. SPD-Sprecher Werner Bischoff begrüßte die Fragestellung, da es in den nächsten Wochen wichtige Entscheidungen in der Energiewirtschaft geben werde. Eine Quotenorientierung und mehr Gaslieferung seien nicht oberstes Ziel. Minister Schwanhold zählte mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Energie vereinbarte Maßnahmen auf: erhöhte Wärmeabgabe durch Verdichtung der Versorgungsgebiete, Marktumstellungen, Effizienzsteigerung alter Anlagen, zusätzliche Einsparpotentiale (einschließlich der Einführung der Brennstoffzellen-Technologie).

Reiner Priggen (GRÜNE) räumte ein, dass es zum Streit Gas gegen Kohle kommen werde. Ein Berliner Überleitungsgesetz habe den vom EU-Markt bedrohten Stadtwerken helfen sollen. Von der Brennstoffzelle seien nennenswerte Beiträge in den nächsten zehn Jahren nicht zu erwarten.

## Anhörung des Medienausschusses unter dem Vorsitz von Claudia Nell-Paul

### In Marl erster Einstieg in das Thema Medienkompetenz

Der Medienausschuss führte in seiner 4. Sitzung am 1. Dezember eine nicht-öffentliche Anhörung zu den Aspekten und Aktivitäten von Medienkompetenz durch. Die Sitzung, der sich ein Besuch beim Europäischen Zentrum für Medienkompetenz GmbH anschloss, fand am Adolf Grimme Institut (Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH) in Marl statt. Neben Vertretern der genannten Einrichtungen berichteten Vertreterinnen und Vertreter der Landesanstalt für Rundfunk, der e-initiative und der Landesregierung. Der zweite Tagesordnungspunkt, die Aussprache zur Medienpolitik in NRW, wurde aus zeitlichen Gründen vertagt.

(Fortsetzung folgt)

Einleitend wies die Vorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD) darauf hin, dass es sich bei der Sitzung um einen ersten Einstieg in das Thema Medienkompetenz handele und dass der Ausschuss Kontakt zu allen mit diesem Thema befassten Akteuren suchen werde. Dr. Hans Paukens führte aus, dass sich das Adolf Grimme Institut als Service- und Dienstleistungseinrichtung für Medien und Bildung verstehe. Seit fünf Jahren betreibe das Grimme Institut eine Außenstelle in Köln, die schwerpunktmäßig in der Ausbildung für die Medienbranche tätig sei. Das Adolf Grimme Institut verfolge fünf Aufgabenschwerpunkte: den Grimme Preis (demnächst auch Grimme Preis online), die Grimme Akademie, die Grimme Bildung, die Grimme Forschung und die Grimme Publizistik. Der Grimme Preis entwickle u.a. auf der Grundlage von Veranstaltungen und Diskussionen mit dem Publikum alljährlich

#### Verarbeitung von Wissen

Qualitätsmaßstäbe, wähle Programme aus und setze damit Kriterien für ein qualitativ hochwertiges Fernsehprogramm. Aufgrund der wachsenden strategischen Bedeutung des Internets für das Fernsehen werde zurzeit ein Grimme Preis online entwickelt, der innovative Rundfunkangebote im Bereich der Internet-Kommunikation prämiieren solle. Zukünftig sollten u.a. online-Angebote ausgezeichnet werden, die sich mit dem Thema „Wissen und Bildung“ auseinandersetzen. Im Bildungsbereich biete das Grimme Institut z. B. die „LernZeit“ (Informationen über und Verweise auf bildungsrelevante Programmangebote) und den „Medienpädagogischen Atlas“ (Datenbank zu Medienkompetenz vermittelnden Institutionen und Angeboten in NRW) an. Dr. Paukens wies darauf hin, dass die neuen Medientechnologien sowie ihre Verknüpfung mit klassischen Medien die bestehenden pädagogischen und organisatorischen Konzepte für Aus- und Fortbildung veränderten. Paukens konstatierte, dass Jugendliche bereits über eine hohe Medienkompetenz verfügten – und zwar nicht nur im technischen Sinne, sondern im Sinne von Kulturtechnik, d. h. der Aneignung kultureller Inhalte. Medienkompetenz bedeute nicht nur technische Kompetenz, sondern auch der Erwerb kultureller Fähigkeiten. Das Europäische Zentrum für Medienkompetenz GmbH (ecmc) bietet Dienstleistun-



Führt den Vorsitz im Medienausschuss: Claudia Nell-Paul (SPD)

Foto: Schälte

gen im Kontext der Informationsgesellschaft an. Dr. Gernot Gehrke betonte, dass die gegenwärtige Zeit eine des Umbruchs mit hohem Gestaltungsbedarf sei. In engem Zusammenhang damit stehe die Frage, auf welche Leitbilder sich die Gesellschaft verständige. Dies müsse unter Einbeziehung vieler gesellschaftlicher Akteure und Institutionen geschehen. Die Informationsgesellschaft werde geprägt von der Verarbeitung von Wissen, wirtschaftliche Interessen spielten dabei eine herausgehobene Rolle. Daher sei es umso wichtiger, einen chancengleichen und diskriminierungsfreien Zugang zu den Möglichkeiten der neuen Medien zu schaffen. Das Projekt NETD@YS berücksichtige dies. Hierbei handele es sich um Projektwochen an Schulen zum Thema „Schule und neue Medien“, die im Rahmen der Initiative NETD@YS Europe stattfänden und in denen Schulen gemeinsam mit Unternehmen, Vereinen und Organisationen Medienprojekte realisierten, zum Teil fächer- und klassenübergreifend. NETD@YS zeichne Projekte aus, sei aber mehr als ein Wettbewerb. An den NETD@YS beteiligten sich alle Schulformen, mit zum Teil unterschiedlichen Vorerfahrungen. Sie böten eine gute Möglichkeit, erste Schritte mit dem Internet zu wagen und Partnerschaften mit Unternehmen vor Ort zu schließen. Dabei komme den lokalen Komitees vor Ort, die auch mit der e-initiative kooperierten, eine wichtige Rolle zu. Dr. Gehrke resümierte, Medienkompetenz sei mehr als die Fähigkeit von Einzelnern, mit Medien umzugehen. Es bedeute vielmehr, ein Handlungskonzept umzusetzen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es möglichst vielen erlaubten, an den neuen Entwicklungen teilzuhaben. Medienkompetenz bedeute, Antworten darauf zu geben, wie wir in der Informationsgesellschaft leben und arbeiten wollten, d.h. wie die Informationsgesellschaft gestaltet werden sollte.

Dr. Norbert Schneider, Landesanstalt für Rundfunk (LfR), bezeichnete Medienkompetenz als den bildungspolitischen Arm der Medienpolitik. Die heutige gesellschaftliche Situation sei dadurch gekennzeichnet, dass

mehr und mehr Medien in alle Einzelbereiche eindringen. Die Lage werde durch die gesellschaftlichen Einzelentwicklungen Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung und Kommerzialisierung verschärft. An dem Prozess der Medienkompetenzentwicklung seien viele Akteure beteiligt, u.a. die LfR. Die Zuständigkeit sei im Rahmen der Neufassung des Landesrundfunkgesetzes für Nordrhein-Westfalen vom 25. April 1998 zudem explizit als Aufgabe übertragen worden (§ 52 Abs. 2.4 LfR NW).

#### Bildungspolitischer Arm

Der Focus werde dabei zunehmend von der Ausbildung der Produzenten auf den Nutzer gerichtet, der sich zunehmend zu einem Akteur entwickle. Dieser müsse eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen und Aufgaben bewältigen: 1. den Zugang, 2. die Suchkompetenz, 3. Kenntnisse von der Produktion und 4. Wissen um die Mediengeschichte. Die LfR sehe eine Aufgabe darin, die notwendige Netzwirkbildung im Sinne einer ordnenden Funktion zu unterstützen. Mechtild Appelhoff (LfR) ergänzte, dass alle Medienkompetenzprojekte darauf abzielten, Medienkompetenz unabhängig von Alter, Geschlecht oder materieller Ausstattung in der Gesellschaft zu etablieren. Vor diesem Hintergrund konzentriere sich die Qualifizierungsoffensive Medienkompetenz der LfR auf sechs Ziele und Maßnahmen: 1. Medienforschung; 2. Informations- und Beratungsangebote überwiegend für Multiplikatoren aus der pädagogischen Arbeit – zunehmend auch für den so genannten Endverbraucher – in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus Forschung und Praxis; 3. Konzeption, Förderung, Evaluation und Publikation so genannter best-practice-Modelle; 4. Partizipative Medienarbeit (z. B. Bürgerfunk, Offene Kanäle in Kabelanlagen und Campus-Rundfunk) und 5. Aufbau und Sicherung von medienkompetenzfördernden Infrastrukturen als Vereinsmitglied bzw. Mitgesellschafter z. B. beim Adolf Grimme Institut und ecmc. *Maria Anna Schmitz*

## Diskussion um den Bielefelder Polizeipräsidenten erhitzte die Gemüter

*Bielefeld bleibt im Gespräch. Ging es vor einigen Wochen um die Maßnahmen des Bielefelder Polizeipräsidenten Kruse im Besonderen und die Drogenpolitik des Landes im Allgemeinen, die von der Opposition kritisiert wurden, massierten sich in der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) am 30. November die Vorwürfe der CDU- und der FDP-Fraktion einerseits sowie die Bemühungen um Ruhe in der Behörde des Polizeipräsidenten und dessen Schutz vor einer Vorverurteilung andererseits, die von den Koalitionsfraktionen und Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) gemeinsam unternommen wurden.*

Der Sprecher der SPD-Fraktion Jürgen Jentsch bat zu Beginn, den ursprünglich von CDU und FDP beantragten Tagesordnungspunkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Er beschuldigte sodann die Opposition, Bedienstete des Polizeipräsidentiums Bielefeld aufgefordert zu haben, Akteneinsicht zu ermöglichen und den Polizeipräsidenten belastendes Material zur Verfügung zu stellen, um es in einer Pressekonferenz verwerfen zu können. So würden Polizisten unter Druck gesetzt. Zuvor hatte Innenminister Dr. Behrens den Fraktionen einen Brief geschickt mit dem Hinweis, nach ihm vorliegenden Informationen wäre aus Landtagsbüros heraus in Bielefeld angerufen worden, um belastendes Material zu erhalten. Die Abgeordneten wurden darin gebeten, dies zu unterlassen, damit in der Behörde wieder Ruhe einkehren und sorgfältig gearbeitet werden könne. Wenn die Opposition, so der Innenminister in der Sitzung, etwas an seiner Dienstaufsicht auszusetzen habe, sei alleine das Ministerium anzusprechen und um Aufklärung zu bitten. Und er fügte hinzu: „Was nicht geht: dass in Behörden auf obskuren Wegen versucht wird, Mitarbeiter anzustiften, mögliches oder tatsächliches Fehlverhalten von Vorgesetzten anzuzeigen oder mitzuteilen.“

Monika Düker von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sattelte drauf: „Ich bin froh, dass wir in unserem Land einen Überwachungsstaat wie in der DDR überwunden haben, und das nicht, um jetzt hier damit konfrontiert zu werden, dass Sie wirklich Stasi-Methoden einführen.“ Sie gehe davon aus, der Innenminister habe den Brief nicht ohne Grund geschrieben. Selbstverständlich unterstütze sie die Forderungen der FDP-Fraktion, dass allen Vorwürfen, die gegen die Polizeipräsidenten erhoben wurden, nachgegangen werde, dies aber in einem geordneten Verfahren.

Das Schreiben des Innenministers, so sah es Karl Peter Brendel, FDP, werde zum Teil akzeptiert, nicht aber der Vorwurf der Einvernahme von Beamten. Im Übrigen sei Informationsbeschaffung legitim. Insbesondere jedoch wären die Vorwürfe der Koalitionsfraktionen als unverschämte Zurückweisungen. Sein Kollege und innenpolitischer Sprecher Horst Engel beteuerte, den als Zeugen für Telefonate aus dem Landtag benannten Bielefelder Kriminalhauptkommissar Wallmeier nicht zu kennen. Damit verband er die Aufforderung an den Innenminister, den Polizeipräsidenten zurückzuziehen, worin Jürgen Jentsch eine Vorverurteilung sieht und mahnt, erst das Ergebnis der

laufenden Untersuchung abzuwarten. Was die Opposition veranstalte, käme einer Treibjagd gleich. Konsequenter wäre hingegen eine Anzeige gegen Herrn Wallmeier, der behauptet habe, von den Oppositionsfraktionen des Landtags in Bielefeld angerufen worden zu sein.

Der Sprecher der CDU-Fraktion Theo Kruse machte sich Luft, indem er der SPD-Fraktion vorhielt, eine öffentliche Sitzung sei nur dann sinnvoll gewesen, wenn sie Beiträge zur Aufklärung hätte präsentieren können. Insofern hätte auch der Innenminister schneller und entschiedener handeln können. Den Briefstil des Innenministers, Abgeordnete anzuhalten, aus ihren Büros heraus nicht zur Denuntiation anzustiften, weise er mit Entschiedenheit zurück, ebenso den Vorwurf, in der Polizeibehörde Unruhe zu stiften. Aus keinem CDU-Büro, von keinem CDU-Abgeordneten sei ein solcher Brief herausgegangen. Er verwies auf die vorliegende Dienstaufsichtsbeschwerde eines pensionierten Kriminaloberkommissars gegen den Bielefelder Polizeipräsidenten, mit der die Vorwürfe erhärtet würden.

Um den Vorwurf der Unruhestiftung zu unterstreichen, verwies Jürgen Jentsch auf Pressemitteilungen, aus denen hervorgehe, dass auf dem Display der Apparate in Bielefeld die Telefonnummern von Büros der Opposition, auch des Abgeordneten Engel, abzulesen waren. Jetzt versuche die Opposition, so Hans Krings (SPD), die Brände zu löschen, die sie selbst gelegt habe. Theo Kruse konterte, es sei die Pflicht der Opposition, die Sorgen der Bediensteten auf- und ernst zu nehmen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens hatte zu Beginn der öffentlichen Sitzung bekannt gegeben, er habe den Regierungspräsidenten Detmold mit der Aufklärung der gegen den Bielefelder Polizeipräsidenten Kruse erhobenen Vorwürfe beauftragt, die Untersuchungen liefen seit dem 24. November, wobei sich bisher noch keiner der bereits untersuchten Vorwürfe bestätigt habe. Über den Ausgang der schwebenden Strafverfahren könne erst nach Abschluss der Ermittlungen berichtet werden. Er nähme seine Verantwortung ernst, auch deshalb müsse er sicherstellen, dass Ruhe eintritt und die Behörde zur Sacharbeit zurückkehren kann. Er verwehre sich gegen Störungen von außen. Er lasse nicht zu, dass die Polizei insgesamt und auch nicht einzelne Behördenleiter durch Kampagnen „kaputt gemacht“ werden. Beschwerden gegen Vorgesetzte oder Petitionen kämen immer wieder vor. Im vorliegenden Fall wären diese aber kein Indiz für die Unfähigkeit eines Polizeipräsidenten. Er sicherte zu, die Abgeordneten würden alle Informationen zu jedem einzelnen Vorwurf erhalten. Noch vor der nächsten Ausschusssitzung werde er daher einen vollständigen Bericht über die gesammelten Erkenntnisse und Ergebnisse vorlegen. Wolfgang Fröhlecke



## Parlamentarischer Abend zur Musik

Ein Parlamentarischer Abend zur Musik in Nordrhein-Westfalen fand im Restaurant des Landtags statt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen e.V. hatten dazu eingeladen. Es spielten das „Viersener Percussion Ensemble“ und es sang der „Overbacher Kammerchor“ (im Bild). Die Begrüßung erfolgte durch Ulrich Schmidt und den Präsidenten des Landesmusikrates, Professor Dr. Werner Lohmann, mit einem Statement zur Laienmusikförderung im Land. Der Landtagspräsident bezeichnete es als eine grundlegende Frage, deren Klärung am Herzen liege, wie es diese Gesellschaft schaffe, ihre Musikkultur zu erhalten und weiterzuentwickeln. Es gehe schlicht darum, ob diese Gesellschaft die Musik, insbesondere die musikalische Bildung und Erziehung weiterhin als einen unverzichtbaren Teil ihres kulturellen Selbstverständnisses verstehe oder lediglich als schmückendes Beiwerk. Zur musikalischen Bildung im Musikunterricht an allgemeinbildenden Schulen und im außerschulischen Bereich nahm Professor Werner Rizzi, Vizepräsident des Landesmusikrates und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Musik in der Jugend, Stellung. Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) entrichtete ein Grußwort. Abschließend spielte die „Jazz-Combo Jugend Jazz Orchester NRW“. Foto: Leuschner

## Renate Drewke neue AsF-Landesvorsitzende

Renate Drewke (SPD), Landtagsabgeordnete aus Hagen, ist zur neuen Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen NRW gewählt worden. Die 48-jährige Hagerin ist Sprecherin ihrer Fraktion im Ausschuss für Frauenpolitik und gehört dem Landtag seit 1995 an.

## Vermittlung von Fremdsprachen

Die Inhalte der Fortbildungsangebote an die Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen würden fortlaufend unter Berücksichtigung der Anforderung an eine sich fortentwickelnde Verwaltung und die Inhalte und Vorgaben der Verwaltungsmodernisierung fortgeschrieben und angepasst. Die Vermittlung von Fremdsprachenkompetenzen erfolge schwerpunktmäßig unter Berücksichtigung der Anforderungen der individuell übertragenen Aufgaben. Das erklärt Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Ralf Witzel zu Fremdsprachenkompetenz in der Landesverwaltung. Der Politiker verweist in ihr darauf, in Zeiten einer fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, des immer engeren Zusammenwachsens von Ländern in der Europäischen Union sowie zunehmender Migrationsentwicklungen gewinne die fundierte Kenntnis gängiger Fremdsprachen im alltäglichen Leben verstärkt an Bedeutung. Ferner macht er darauf aufmerksam, großvolumige Standortentscheidungen ausländischer Investoren hingen nicht nur von Verfahrenslaufzeiten ab, sondern zunehmend auch vom Umfang sprachlicher Barrieren im alltäglichen Umgang mit Behörden und öffentlichen Institutionen. Der Minister berichtet, im Wesentlichen würden die Fremdsprachenangebote der Fortbildungsakademie des Innenministeriums in Herne mit Seminaren in Englisch, Französisch und Niederländisch, die Grundkurse, Konversationskurse und internationale Gesprächs- und Verhandlungsführung beinhalteten, sowie die Angebote des Bundessprachenamtes in Hürth und der Hochschulen in Anspruch genommen.

## Personalie

**Franz-Josef Britz** (CDU), Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Essener CDU-Ratsfraktion, ist vom Herrenmeister des Johanniterordens mit dem Ehrenzeichen der Johanniter-Unfall-Hilfe ausgezeichnet worden. Der Politiker Britz ist seit sieben Jahren ehrenamtlich in der JUH in Essen engagiert. Sein Einsatz für ältere, kranke und behinderte Menschen und für den Haus-Notruf gehe weit über normales Engagement hinaus, begründeten die Johanniter die Ehrung.

★

**Bernd Flessenkemper** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Düsseldorf wiedergewählt worden.



## Wege aus der Wohnungslosigkeit

„Wege aus der Wohnungslosigkeit. Neue Projekte – Neue Initiativen – Neue Perspektiven“ heißt eine Ausstellung in der Eingangshalle des Landtags, die Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (hinten 3. v. l.) am 5. Dezember eröffnete. Die Ausstellung wurde präsentiert von Trägern der Wohnungslosenhilfe in NRW. Mit ihrer Eröffnung war ein Empfang wohnungsloser Menschen verbunden. Zu Beginn spielten Thomas und Kayoko Beckmann (vorne) klassische Werke für Violoncello und Klavier. Thomas Beckmann ist der Gründer der Aktion „Gemeinsam gegen Kälte“. Die Vizepräsidentin wies darauf hin, unter diesem Motto habe Beckmann 1996 eine bundesweite Aktion gestartet, die über 100 Projekte in nunmehr 32 Städten fördere. Durch ihre Benefizkonzerte hätten er und seine Frau mittlerweile Geld für Obdachlose in Millionenhöhe eingespielt. Frau Müller berichtete, über eine halbe Million Menschen in Deutschland seien wohnungslos. Armut, Arbeitslosigkeit und Verschuldung seien Gründe dafür. „Es sind Menschen, die in Containern, Heimen und Anstalten leben müssen, weil sie keine Bleibe haben“, betonte Frau Müller. Es komme hinzu, dass bei vielen öffentlichen Haushalten die wirtschaftlichen Möglichkeiten erschöpft seien. Die zunehmende Zahl hoch verschuldeter Menschen, die in der Gefahr seien, ihre Wohnung zu verlieren, belege dies. Um Wohnungslosigkeit zu vermeiden, brauche man Hilfe, die früh einsetze. Die Versorgung mit preiswertem und bedarfsgerechtem Wohnraum müsse sichergestellt werden. Ziel müsse ferner sein, dass die Wohnungslosen mit wirkungsvollen Methoden der sozialen Arbeit auch tatsächlich erreicht würden.

Foto: Schälte

## Tischtennis Güteklasse A

### „We are the champi(gn)ons“

Nicht ganz so üppig wie gewohnt, dafür aber Güteklasse A: so lautete das Urteil der leidenschaftlichen Champi(gn)onensammler Theil und Schneider zu ihrer diesjährigen Ausbeute an Tischtennispielerinnen und -spielern beim Weihnachtsschampi(gn)onat am 1. Dezember 2000. Zum alljährlichen Einzelturnier hatten sich die beiden nämlich wieder in den Kellern und Kammern des Landtages umgesehen nach besonders schönen Exemplaren des Feldchampi(gn)ons (Psalliotta campestris), die bereit gewesen wären, sich an der Tischtennisplatte ihre Sporen zu verdienen. Obwohl ganzjährig Saison, sollte diesmal jedoch die Nachfrage das Angebot übersteigen. Dreizehn Edelpilze aber konnten immerhin gefunden werden; darunter sowohl landtagseigene Züchtungen als auch Importware. Barbara Abbing, Volker Baier, Irmgard Birn, Kati Deutsch, Michael Endres, Bernd Hallwaß, Maria-Luise Jung, Claudia Karsten, Theo Kruse, Michael Landwehr, Thomas Schneider, Petra

Theil und Hans Zinnkann fanden sich schließlich bereit, sich einer Leistungsschau zu stellen. Wer von ihnen der Glückspilz sein würde, der den Pokal in Empfang nehmen durfte, das sollte sich am Ende eines langen Wettkampfnachmittages erweisen. Und so wurden erst einmal munter raffinierte Aufschläge serviert, wurde nach Herzenslust geschnibbelt oder kurz angeschnitten und so mancher gar von der Platte geputzt. Am Ende aber stand fest: Gegen den Vorjahressieger hatten alle keine Chancen. Auch Kruse, Olpe (MdL) nicht, der Finalist aus der CDU-Fraktion. Denn Volker Baier, gantztägig geübt im Umgang mit Kochlöffel und Schneebesen, setzte sich souverän gegen ihn durch. 21:11 und 21:10 – so lautete das Ergebnis ihres Schlagabtausches. Getreu der Devise „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ wurde beim anschließenden Pils in der Tangente bereits nach einem neuen Termin gesucht, bei dem dann alle wieder unter einen Hut zu bekommen sind. *ib*

## Rückblick 2000

# Medienpolitik gewinnt an Gewicht

*Das politische Leben im nordrhein-westfälischen Landtag war in den ersten Monaten des Jahres 2000 charakterisiert von der im Mai anstehenden Landtagswahl, bei der Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wiedergewählt wurde. Indessen absolvierten die Abgeordneten auch ein umfangreiches Sachprogramm, vor allem in der Zeit nach Bildung der Koalition und der Regierungserklärung. Europa geriet immer mehr ins Blickfeld, die Medienpolitik bildete zunehmend einen Schwerpunkt. Ihr wurde soviel Gewicht beigemessen, dass sie sogar einen eigenen Ausschuss bekam. Aber auch die Reform von Verwaltungen, die wirtschaftliche Erneuerung des Landes und weiterhin die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders bei Jugendlichen kennzeichneten die politischen Bemühungen der nun vier Fraktionen in der 13. Legislaturperiode, der Koalitionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Oppositionsfraktionen von CDU und FDP. Die Statistik hält Zahlen bereit: Im laufenden Jahr wurden nach dem Stand vom 27. November (Initiativen der 12. und 13. Legislaturperiode addiert) 25 Gesetzentwürfe eingebracht und 20 Gesetze verabschiedet. 105 Anträge, 37 Entschließungsanträge und 18 Änderungsanträge wurden behandelt. Die Zahl der Aktuellen Stunden belief sich auf 20. An parlamentarischen Initiativen wurden ferner eine Große Anfrage, 272 Kleine Anfragen und 23 Mündliche Anfragen verzeichnet. Insgesamt 26-mal trat der Landtag plenar zusammen.*

### 12. Januar

Drei Tage lang stand ab 12. Januar in einer öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Verwaltungsreform und für Kommunalpolitik der Regierungsentwurf des 2. Modernisierungsgesetzes NRW auf dem Prüfstand von Sachverständigen. Es war das bisher größte Hearing in der Geschichte des Landtags.

### 19. Januar

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie unter der Leitung von Hannelore Brüning (CDU) nahm einen Bericht des Wirtschaftsministers Peer Steinbrück (SPD) über wirtschaftliche Aktivitäten der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, zur Weiterentwicklung des CentrO Oberhausen und der gefährdeten Musical-Standorte Essen und Duisburg entgegen.

### 20. Januar

Der Hauptausschuss unter der Leitung von Werner Jostmeier (CDU) verfolgte einen Bericht der Landesregierung zur Situation der Film- und Fernsehwerbung im Land. Daraus ging hervor, dass Nordrhein-Westfalen zu Beginn des neuen Jahrtausends der führende Medienstandort in Deutschland ist.

### 21. Januar

Das endgültige Nein des Papstes zum „Beratungsschein“ nahm der Ausschuss für Frauenpolitik unter der Leitung von Gerda Kieninger (SPD) zum Anlass einer Aussprache über die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Die Fraktionen äußerten Einvernehmen, ein integriertes Angebot sowohl für die Schwangerenkonflikt- als auch die allgemeine Schwangerenberatung sicherzustellen.

### 26. Januar

Der Landtag überwies Gesetzentwürfe der CDU zur Änderung der Kommunalverfassung sowie der Koalition zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in den Kommunen in die Ausschüsse. Beide Entwürfe sahen die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten auch bei Nachwahlen sowie eine Absenkung des Unterschriften-Quorums für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid vor.

### 27. Januar

Sieben ehemalige Vorsitzende des Petitionsausschusses sowie die im Amt befindliche Vorsitzende Bärbel Wischermann (CDU) begrüßte Landtagspräsident Dr. Hans-Ulrich Klose bei einer Feierstunde zum 50-jährigen Bestehen des Petitionsausschusses im Landtag.

### 27. Januar

Vor dem Parlament erinnerte Landtagspräsident Ulrich Schmidt an den Tag vor 55 Jahren, als sowjetische Truppen die Überlebenden im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz be-

freiten. Die Abgeordneten hörten die Ausführungen des Präsidenten stehend an.

### 3. Februar

In einer öffentlichen Anhörung stellte der Ausschuss für Innere Verwaltung unter der Leitung von Klaus Stallmann (CDU) das Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes zur Diskussion. Die Landesregierung wollte mit ihrer Gesetzesinitiative eine EG-Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr umsetzen.

### 9. Februar

Mit dem Städte- und Wohnungsbauprogramm 2000 befasste sich der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen unter Leitung von Adolf Retz (SPD). Städtebauministerin Ilse Brusis (SPD) teilte mit, für das Jahr 2000 stünden den Gemeinden und Gemeindeverbänden 336 Millionen Mark für Stadterneuerungsprojekte zur Verfügung, davon seien 294 Millionen Mark Landesmittel und 42 Millionen Mark Bundesfinanzhilfen.

### 10. Februar

Der Hauptausschuss unter der Leitung von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) gab seiner Empörung über das ab 1. März geplante TV-Spektakel „Big Brother“ im Sender RTL II Ausdruck. Es wurde die Frage aufgeworfen, welche Maßstäbe im Fernsehen überhaupt noch akzeptabel seien.

### 16. Februar

Nach 25 Jahren ging das Land daran, sein Landschaftsgesetz aus dem Jahre 1975 zu novellieren, um die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes in Landesrecht umzusetzen. Bei einer Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter Leitung von Heinrich Kruse (CDU) wurden von Experten ferner die gesetzliche Verankerung des Kooperationsprinzips sowie die Ausweitung der Prinzipien des Vertragsnaturschutzes erörtert.

### 18. Februar

Der Ausschuss für Umweltschutz und Raumplanung unter der Leitung von Klaus Strehl (SPD) befasste sich mit dem von der Landesregierung vorgelegten Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Bundesbodenschutzgesetzes. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses wurden Probleme der Sicherstellung eines effektiven vor- und nachsorgenden Bodenschutzes in Nordrhein-Westfalen angesprochen.

### 23. Februar

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes der Landesregierung über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen nannte Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) drei Säulen der

Reform. Sie lauteten nach ihren Worten „Autonomie“, „Handlungsfähigkeit“ und „Partizipation“. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalition in zweiter Lesung angenommen.

### 21. Februar

Im Kongresszentrum der Westfalenhallen in Dortmund fand sich der Verkehrsausschuss unter der Leitung von Manfred Hemmer (SPD) ein. Das Gremium befasste sich insbesondere mit dem Fernverkehr der Bahn in NRW, zeigte sich besorgt um Interregio aber auch um den Nahverkehr auf der Schiene. Die Landesregierung sagte Unterstützung bei dem Bemühen zu, das größte Bundesland nicht zum Verlierer von Bahnpolitik werden zu lassen.

### 24. Februar

Während von Seiten der Koalition die Forderung erhoben wurde, Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebten, endlich zu ihrem Recht zu verhelfen, stellte die Opposition in einer Aktuellen Stunde zu „Eingetragenen Partnerschaften für Lesben und Schwule“ klar, dass für die CDU Deutschlands Ehe und Familie weiterhin Vorrang vor allen anderen Lebensgemeinschaften hätten.

### 16. März

Mit dem Thema „Spenden und Unterstützungsleistungen an Parteien von Körperschaften des öffentlichen Rechts und Gesellschaften des Privatrechts, an denen das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt ist“, befasste sich der Haushalts- und Finanzausschuss unter der Leitung von Volkmar Klein (CDU). Peer Steinbrück, der als neuer Finanzminister erstmals im Ausschuss begrüßt wurde, zählte die Gesellschaften mit Landesbeteiligung auf und teilte mit, von diesen seien keine Spenden an Parteien geflossen.

### 22. März

In zwei Bänden und auf knapp 1000 Seiten fasste der Parlamentarische Untersuchungsausschuss I, der Defiziten und Mängeln im Maßregelvollzug des Landes nachzugehen hatte, die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus seiner knapp zweijährigen Arbeit zusammen. Der PUA-I-Vorsitzende Edgar Moron (SPD) erläuterte dem Plenum den Schlussbericht mit seinem einstimmig gebilligten Beschlussteil. Bei Bewertungen und Empfehlungen gab es zwischen Koalition und Opposition unterschiedliche Voten.

### 31. März

Der Ausschuss für Grubensicherheit nahm den Tätigkeitsbericht für die 12. Wahlperiode zur Kenntnis. Vorsitzender Eberhard Sohns (SPD) stellte grundsätzlich fest, der Grubenausschuss habe die Aufgabe, sich über den Stand der Technik und die Sicherheit im Bergbau laufend zu unterrichten, ferner über Grubenunglücke, bei denen zwei oder mehr Personen getötet bzw. drei oder mehr Personen verletzt worden seien. Von Mai 1995 bis März 2000 sei der Ausschuss über 25 Unglücksfälle unterrichtet worden, bei denen vier Bergleute getötet und 143 verletzt worden seien.

### 12. April

Mit dem Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II „Technologiezentrum Oberhausen“ befasste sich der Landtag im Plenum. Dabei bewerteten die Fraktionen die Fördermittelvergabe unterschiedlich. Laurenz Meyer (CDU), Vorsitzender des U-Ausschusses, berichtete von 55 Ausschusssitzungen in ein- und einhalb Jahren, von 70 Zeugen, der Besichtigung des Unternehmens HDO und des CentrO in Oberhausen, 2100 Aktenordner von 31 Behörden, Unternehmen und Privatpersonen seien hinzugezogen worden. Der Landtag nahm ferner den Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III betreffend Technologiezentrum Oberhausen (HDO II) entgegen. Der Vorsitzende dieses U-Ausschusses, Walter Grevener (SPD), berichtete, der Ausschuss habe zwei Prüfungsfelder zu bearbeiten gehabt, ein-

mal die Fortführung des Schlussverwendungsnachweises zum anderen den Verkauf der Geschäftsanteile an der Besitzgesellschaft HDT durch die Stadt Oberhausen.

### 13. April

Nach sieben Jahren Beratung setzte der Landtag einen Schlusspunkt. Mit den Stimmen der Koalition, gegen die CDU-Fraktion bei drei Enthaltungen wurde das Zweite Artikelgesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung angenommen. Im Grunde hatte die Diskussion schon nach der kommunalen Neugliederung begonnen. Dreh- und Angelpunkt der gesamten Verwaltungsstrukturreformdebatte war die Neuordnung der Verwaltung in der so genannten mittleren Verwaltungsebene. Koalitionssprecher Hans Krings (SPD) betonte, man habe sich für ein klares Modell der Trennung staatlicher und kommunaler Aufgaben in der mittleren Ebene entschieden.

### 14. April

Der Landtag debattierte über den Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“. Vorsitzender Johannes Remmel (GRÜNE) sagte, das Instrument der Enquetekommission habe sich bewährt. Sprecher von SPD und CDU bedauerten ein 49-seitiges Sondervotum der GRÜNEN, worin sich zeige, dass bei den GRÜNEN an ideologischen Grundpositionen festgehalten werde.

### 14. Mai

Bei der Landtagswahl verteidigte die SPD mit 42,8 Prozent ihre Hochburgen im Ruhrgebiet. Die CDU konnte ihre Position mit 37 Prozent weitgehend halten. Die GRÜNEN verloren an Boden und kamen nur auf 7,1 Prozent. Dagegen erreichte die bislang nicht im Landtag vertretene FDP 9,8 Prozent und zog als vierte Fraktion in das Parlament ein. Im Landtag der 13. Legislaturperiode erhielt die SPD 102 Mandate, sechs weniger als zuvor. Die CDU verlor einen Sitz und stellte 88 Abgeordnete. Die FDP rückte mit 24 Abgeordneten in den Landtag ein. Die Fraktion der GRÜNEN umfasste nur noch 17 Abgeordnete, sieben weniger als in der 12. Wahlperiode.

### 2. Juni

Bei seiner konstituierenden Sitzung wählte der neue Landtag Ulrich Schmidt wieder zum Landtagspräsidenten. In seiner Rede unterstrich der alte und neue Präsident, der Landtag Nordrhein-Westfalen sei seit jeher geprägt durch eine qualitativ hochwertige Arbeit der Fraktionen. Es sei selbstverständlich, ihnen dafür in ausreichendem Umfang öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei der konstituierenden Sitzung verabschiedete sich auch der bisherige erste Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose aus seinem Amt, das er 18 Jahre inne hatte. Zu neuen Landtagsvizepräsidenten wurden Laurenz Meyer (CDU), Jan Söfing (FDP) und Edith Müller (GRÜNE) gewählt. Die erste Sitzung des neuen Landtags begann mit dem nach der Geschäftsordnung vorgesehenen Namensaufruf. Jeder der 231 Abgeordneten erhob sich. Danach wurde die Geschäftsordnung in Kraft gesetzt.

### 21. Juni

Wolfgang Clement (SPD) wurde erneut zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt. In geheimer Wahl erhielt er 119 von 230 abgegebenen Stimmen, mindestens eine Stimme kam damit aus den Reihen der Opposition. 110 Abgeordnete stimmten mit Nein. Einer enthielt sich. Clement ist der siebte Ministerpräsident. Seit Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen stellten die SPD vier und die CDU zwei Regierungschefs. Der erste an der Spitze, Rudolf Amelunxen, war parteilos.

### 27. Juni

Ministerpräsident Wolfgang Clement stellte im Plenum des Landtags sein neues Kabinett vor.

das aus zehn Ministerinnen und Ministern besteht. Nach Artikel 53 der Landesverfassung mussten die Mitglieder der Landesregierung bei ihrem Amtsantritt vor dem Landtag einen Amtseid ablegen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt nahm ihnen diesen Eid ab.

### 30. August

In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen sprach Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) von der großen Chance, das Land NRW in die Spitzengruppe der europäischen Regionen zu führen — „als einen Motor des Fortschritts, als Vorbild für erfolgreichen Wandel und als Maßstab für eine nachhaltige Gestaltung der Zukunft“.

### 30. August

In einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen hat der Landtag den Aufruf der Landesregierung zu einem Bündnis „Für Toleranz und Zivilcourage — gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ aufgegriffen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt stellte fest, der so ermutigend breit begonnene Diskussionsprozess dürfe keine kurzatmige Aktion zur Beruhigung der Gemüter sein. „Darauf wartet und setzt der braune Sumpf.“

### 27. September

Im Beisein des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, konstituierte sich eine deutsch-israelische Parlamentariergruppe. Einen Tag darauf erfolgte die Konstituierung der deutsch-palästinensischen Parlamentariergruppe im Beisein von Mahmud Alaeddin, dem stellvertretenden Leiter der palästinensischen Generaldelegation. Am 29. September wurde dann eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe gegründet.

### 6. September

Bei der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) schlug am 6. September die Stunde der Opposition. CDU-Fraktionschef Dr. Jürgen Rüttgers hielt dem Regierungschef Ratlosigkeit vor. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Jürgen W. Möllemann präsentierte eine alternative Regierungserklärung. SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron wertete dagegen Clements Regierungserklärung als „ungewöhnlich konkret“.

### 18. September

Um seine Arbeit während der 13. Wahlperiode zu organisieren, ließ sich der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik unter Leitung der Vorsitzenden Ute Koczy (GRÜNE) von drei Ressorts der Landesregierung über deren politische Vorhaben informieren. Auskunft gaben Arbeitsminister Harald Schartau (SPD), Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) und Europaminister Detlef Samland (SPD).

### 22. September

Zwölf Jahre nach dem Auszug des Landtags Nordrhein-Westfalen aus dem alten Ständehaus am Düsseldorfer Kaiserteich kehrte Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit seinen Vorgängern im Amt, Karl-Josef Denzer und Ingeborg Friebel, sowie vielen ehemaligen und aktiven Abgeordneten zum Raschdorff-Bau zurück. Im Ständehaus wurde Richtfest gefeiert. Dort soll einmal zeitgenössische Kunst eine Heimstatt finden und das Land sich repräsentieren können.

### 28. September

In zwei zusammengelegten Aktuellen Stunden beschäftigte sich der Landtag auf Anträgen der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN hin mit der Ökosteuer. Die Union wertete die Ökosteuer als ungerecht, während sich die GRÜNEN dafür aussprachen, die ökologische Steuerreform konsequent fortzuführen.

### 29. September

Die Landesregierung unterrichtete im Plenum über ihre Politik in der 12. Legislaturperiode. Sie folgte damit dem Paragraphen 39 des Landes-

planungsgesetzes und stellte gleichzeitig den Landesentwicklungsbericht 2000 als „Modern, Stark, Vielfältig“ vor. Aus alten Stärken seien neue Chancen gewonnen worden.

### 17. Oktober

Der Ausschuss für Innere Verwaltung unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) befasste sich in einer öffentlichen Sitzung mit dem Brandanschlag auf die Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf. Der Aussprache lag die Frage zugrunde, ob mehr Schutz durch die Polizei den Brandanschlag hätte verhindern können.

### 20. Oktober

Auch in der neuen Legislaturperiode soll die Arbeitslosigkeit von Frauen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Das kündigte Frauen- und Familienministerin Birgit Fischer (SPD) vor dem Ausschuss für Frauenpolitik unter dem Vorsitz von Gerda Kieninger (SPD) an. Besonderes Augenmerk will die Landesregierung dabei auf geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Beruf legen.

### 26. Oktober

Das Finanzministerium berichtete im Hauptausschuss unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD), die Landesregierung wolle die angemieteten Gebäude in Düsseldorf Zug um Zug aufgeben und Ministerien und Dienststellen in eigenen Häusern unterbringen. U. a. werde das „Landeshaus“, in dem sich einst die Staatskanzlei befunden habe, zu diesem Zweck gerade renoviert. Zudem seien zwei neue Gebäude in der Planung, die in der Peripherie des heutigen Innenministeriums errichtet werden sollen.

### 8. November

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition von CDU und FDP verabschiedete der Landtag den Nachtragshaushalt 2000 am 8. November in zweiter und am 10. November in dritter Lesung. Er enthielt eine Rücklage von 2,3 Milliarden Mark sowie 430 Millionen Mark mehr für die Kommunen. Die globalen Minderausgaben in allen Einzelplänen wurden um 13,2 auf 495 Millionen Mark heraufgesetzt.

### 9. November

In einer Erklärung zur Pogromnacht am 9. November 1938 vor dem Landtag bekräftigte Landtagspräsident Ulrich Schmidt, die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gehöre zu den schlimmsten und beschämendsten Momenten der deutschen Geschichte. Der Präsident zog dabei den Schluss, man müsse heute, 62 Jahre später, den Pogrom des 9. November 1938 in Verbindung bringen mit dem jüngsten Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge der jüdischen Gemeinde sowie weiterer Anschläge gegen jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten.

### 10. November

In einer Aktuellen Stunde forderte die CDU-Opposition den Innenminister des Landes auf, den Bielefelder Polizeipräsidenten Horst Kruse zu entlassen. Die Koalition von SPD und GRÜNEN sowie der Minister lehnten ab. Gegen Kruse waren das Dienstrecht tangierende Vorwürfe erhoben worden. Bei der Aussprache ging es allerdings auch um das von der Opposition kritisierte, von Regierungsseite als beispielhaft in der Bundesrepublik bezeichnete Drogenkonzept der Stadt Bielefeld.

### 6. Dezember

Der Landtag beriet in erster Lesung am 6. und 7. Dezember den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2001, der am 29. November eingebracht worden war, mit den Einzelplänen der Ministerien, des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, des Landtages und des Landesrechnungshofes sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung. Eingeschlossen waren die Beratungen über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

## SPD-Fraktion

### Trotz Sparzwang: Situation der Schulen wird verbessert

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt den Konsolidierungskurs der Landesregierung. Es gelte, politische Akzente auch dann zu setzen, wenn durch die Steuerreform zugunsten der Arbeitnehmer die Einnahmen des Landes um 5,5 Milliarden Mark zurückgingen, erklärte der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Ernst-Martin Walsken, bei der ersten Lesung des Landeshaushalts 2001. So sei die Arbeitslosigkeit vor allem bei jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen deutlich zurückgegangen. Erstmals

in einem November seien die Arbeitslosenzahlen in NRW stabil geblieben, während sie im Bundesdurchschnitt gestiegen seien. Für die Haushaltsberatungen kündigte Walsken weitere Bemühungen der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Situation der Schulen und zur Qualitätssicherung des Unterrichts an.

★

Die Deutsche Bischofskonferenz hat angekündigt, im Januar 2001 eine Offensive für die Fortsetzung der Schwangerschaftsberatung der katholischen Kirche zu starten. Dazu hat sie eine Informationskampagne vorgestellt, die aktive Pressearbeit, Broschüren, Anzeigen, TV-Spots und Plakate umfassen soll. Das Kampagnenmotiv stellt eine nackte Frau, gekrümmt in typisch embryonaler Haltung dar. Die SPD-Landtagsfraktion hat mit Unverständnis und Bestürzung die Pressekampagne zur

Kenntnis genommen. „Das Kampagnenmotiv weckt Assoziationen, dass Frauen schutzlos, nackt und hilflos seien wie Embryos und kann auf keinen Fall die angestrebte positive Wirkung erzeugen, in schwierigen Situationen bei der katholischen Kirche Beratungshilfe zu suchen“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Gießelmann. Darüber hinaus missachte diese Kampagne die Würde der Frauen und grenze an Darstellungen, die frauenverachtend seien. Gerade die katholische Kirche solle darauf bedacht sein, die Würde der Hälfte der Bevölkerung, nämlich die der Frauen, zu achten. Das christliche Menschenbild zu wahren, gelte auch für Werbekampagnen, insbesondere für die der katholischen Kirche. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Deutsche Bischofskonferenz in einem Brief aufgefordert, diese Werbekampagne sofort zu stoppen.

## CDU-Fraktion

### Fehlende BSE-Testkapazitäten gefährden Verbraucher

Zur seit dem 6. Dezember gültigen BSE-Schnelltest-Pflicht bei Schlachtrindern über 30 Monate erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Eckhard Uhlenberg:

„Die Anweisung von Frau Höhn, dass nur die vier staatlichen Veterinäruntersuchungsämter in NRW Schlachtrinder über 30 Monate auf BSE untersuchen dürfen, gefährdet die Existenz von Schlachthöfen und Landwirten, ohne dem Verbraucherschutz zu dienen.“

Die Ämter arbeiten weder nachts noch am Wochenende. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern dürfen geeignete und bereits zugelassene private Testkapazitäten in NRW gemäß Frau Höhn nicht genutzt werden. Dadurch können die Schlachthöfe teilweise nur 10 % der Rinder schlachten, für die Nachfrage besteht.

Folge: Erste Entlassungen und Insolvenzen drohen. Frau Höhn verbaut mutwillig Testmöglichkeiten, verhindert dadurch gesetzzustreues Verhalten der Betroffenen und bestellt durch ihren Starrsinn das Feld für diejenigen, die getrieben von Existenzangst ihre Rinder in den nächsten Wochen in Belgien oder den Niederlanden schlachten lassen, wo erst ab Januar 2001 BSE-Tests durchgeführt werden.

Frau Höhn tritt den Verbraucherschutz durch ihr unsinniges Verhalten mit den Füßen. Die CDU fordert Frau Höhn auf, umgehend private Kapazitäten zur Durchführung der Schnelltests zu nutzen. Die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter müssen auch am Wochenende und, falls erforderlich, rund um die Uhr testen.

Insgesamt benötigen wir gerade in NRW wesentlich höhere Testkapazitäten, damit tatsächlich nur untersuchtes Rindfleisch in den Handel gelangt. Frau Höhn muss wissen: Verbraucherschutz ist mehr als Profilierung und persönliche PR. Daran werden wir sie zum Schutz von Verbrauchern, Landwirten und der Arbeitsplätze in Schlachthöfen und bei Metzgereien immer wieder erinnern.“

## FDP-Fraktion

### FDP-Ziel erreicht: Ausschüsse tagen künftig öffentlich

Der Hauptausschuss des Landtags hat die Initiative der FDP-Fraktion bestätigt, künftig Ausschuss-Sitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden zu lassen. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung wird mit Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung des Landtags eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich sein, die Ausschuss-Sitzung oder Teile davon nicht-öffentlich abzuhalten. „Das ist ein

wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und damit zu einem besseren Verständnis über die Arbeitsweise des Parlaments“, erklärte die Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Fraktion, Marianne Thomann-Stahl, nach der Sitzung.

#### *Schulbesuche bei historischen Gedenkstätten*

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Witzel, befürwortet den häufigeren Besuch ehemaliger Konzentrationslager im Rahmen von Klassenfahrten. „Neben Ausflügen, die reinen Vergnügungscharakter haben,

soll den Schülern so im Rahmen des schulischen Erziehungsauftrags die besondere historische Verantwortung Deutschlands vermittelt werden“, sagte Witzel am vergangenen Dienstag in Düsseldorf. Bereits die schulische Bildung müsse zur Aufklärung und Bekämpfung rassistischer Gewalt beitragen. Ein Besuch ehemaliger Konzentrationslager würde nach Witzels Überzeugung die Sensibilität der Schüler für ausländerfeindliche Übergriffe noch weiter verstärken.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Tourismus in NRW-Netz – Top oder Flop?

Politisch interessierte Internet-User mögen sich die Augen gerieben haben: wer am Donnerstagabend vergangener Woche die Homepage der GRÜNEN-Landtagsfraktion besuchte, bekam per Webcam einen Einblick in das Pressebüro der Fraktion. Doch zu sehen war am Tag nach Nikolaus nicht etwa nur der Pressesprecher bei seiner Arbeit.

Da zeigte sich eine dekorierte Pressestelle dem Publikum – mit einer Andeutung von Sandstrand für die Sonnenfreaks und wildromantischer Ecke für die Gipfelstürmer. Bei exaktem Timing bot sich die einmalige Chance, ein Mitglied des Fraktionsvor-

stands im authentischen Angieroutfit oder seriöse Mitarbeiter in wilden Strandkostümierungen in Erscheinung zu nehmen.

Allerdings träumten die Mitarbeiter der GRÜNEN-Fraktion nicht von vergangenen oder bevorstehenden Urlaubstagen, sondern begaben sich, auch schon mal mit einem Cai Pirinha in der Hand, tatsächlich auf eine – allerdings nur virtuelle – Reise. In einer „Langen Tourismus-Nacht“ durchforschte die GRÜNE-Fraktion mit Journalisten und interessierten Gästen das Internetangebot des Urlaubslandes NRW. Immer mehr Menschen nutzen das Web als Informations- und Buchungsmedium, wenn es um die Ferienplanung geht. Während andere Bundesländer diesem Bedürfnis entgegenkommen, ist der Bereich Tourismus auf der Portalseite des Landes Nordrhein-Westfalen leider nicht einmal enthalten. Das brachte GRÜNE auf die Idee, durch das touristische Angebot einzelner Regionen und Kommunen zu surfen – und dabei sollte das Urlaubsambiente nicht zu kurz kommen. Fraktionsmit-

glieder und Gäste tummelten sich in den verschiedensten Landschaften. Wie finde ich im Ruhrgebiet ein preisgünstiges Komforthotel? Oder: Ab wann sind die Skilifte im Sauerland in Betrieb? Anfangs standen die jeweiligen Heimat- oder Lieblingsregionen im Vordergrund, doch mit der vorrückenden Zeit wuchs bei den Reisenden auf der Datenautobahn Neugier und Abenteuerlust. Als die letzten Zelte abgebrochen wurden, waren manche an einem Abend im Landtag fast durchs ganze Bundesland gesurft. Bon Voyage!

Die Ergebnisse der „Langen Tourismus-Nacht“ wurden nach Redaktionsschluss am vergangenen Montag in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Sie können im – jetzt wieder sandfreien – Pressebüro der GRÜNEN-Landtagsfraktion unter der Rufnummer 02 11 - 884-28 87 oder 884-21 80 erfragt werden. Selbstverständlich sind die Ergebnisse auch im Internet auf der Homepage der GRÜNEN-Fraktion ([www.gruene.landtag.nrw.de](http://www.gruene.landtag.nrw.de)) zu finden.

## In Ruhestand verabschiedet



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat die Mitarbeiterin in der Druckerei des Landtags, Monika Temburg (l.), in den Ruhestand verabschiedet. Frau Temburg, die ihre Berufsausbildung 1955 mit dem Besuch der Landwirtschaftlichen Berufsschule für Mädchen in Marbach am Neckar begann und später Tätigkeiten bei verschiedenen Unternehmen vornehmlich im süddeutschen Raum ausübte, war seit 1993 im Landtag beschäftigt. Der Präsident sagte bei der Verabschiedung, die Jubilarin sei fleißig und bescheiden an einer Stelle tätig gewesen, wo nicht das laute Auftreten zum Handwerk gehöre, sondern wo Verlässlichkeit und Arbeitseinsatz zählten. Abschließend wünschte Ulrich Schmidt der Mitarbeiterin nach 46 Lebensarbeitsjahren einen glücklichen Ruhestand, lud sie zu den Pensionärstreffen des Landtags ein und schenkte ihr ein Buch mit dem Titel „Viel Spaß im Ruhestand“. Foto: Schälte

## Personalien

**Udo Molsberger** ist zum neuen Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) gewählt worden. Er wird am 1. April 2001 Nachfolger von **Ferdinand Esser**, der aus Altersgründen ausscheidet. Der Landesdirektor fungiert als Verwaltungschef des Verbandes und seiner fast 18 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bislang war Molsberger Leiter des Dezernats Finanzen, Wirtschaft und Hochbau bei dem rheinischen Kommunalverband.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jurgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 unc 8 84 25 45, T-Online: \*56801=, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer:  
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische  
Geschäftsführerin: Johannes Remmel  
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer:  
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent:  
Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael  
Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher  
(GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,  
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Für Peter Klaus Biesenbach war es ein „Glücksfall“ – unmittelbar nach seinem Einzug in das Landesparlament berief die CDU-Landtagsfraktion den Neuling zu ihrem rechtspolitischen Sprecher. Der 52-jährige Anwalt aus Hückeswagen bringt für diese Aufgabe vielseitige administrative, praxisnahe und sogar internationale Erfahrungen ein. Und er will diese Chance der Mitarbeit an gewichtigen rechtspolitischen Entscheidungen engagiert nutzen.

Handlungsbedarf sieht der Christdemokrat vor allem im Strafvollzug. Und das nicht nur wegen der teils überfüllten Gefängnisse – der Strafvollzug selbst müsse qualitativ weiterentwickelt werden. So will er sich beispielsweise nicht damit abfinden, dass der Strafvollzug offensichtlich vor dem Drogenproblem „kapituliert“ habe. So werde inzwischen behauptet, dass es in den Gefängnissen leichter sei an Drogen zu kommen als außerhalb der Anstalten. Und der große Personal-mangel im Vollzugsdienst habe zur Folge, dass es massive Lücken bei der Betreuung, der Resozialisierung der Inhaftierten gebe. Bedrückend sei diese Situation insbesondere für den Jugendstrafvollzug, berge sie doch die Gefahr höherer Rückfallquoten. Den meisten straffällig gewordenen Jugendlichen mangle es an sozialen Kontakten, für deren Überwindung sei aber eine personenbezogene Betreuung unerlässlich. Schließlich müsse die Justizverwaltung selbst zügig mit modernen Techniken ausgestattet werden. „Erst dann kann man den dortigen Personalbestand reduzieren.“

Der gebürtige Hückeswagener besuchte zunächst die Realschule und nach deren Abschluss erfolgte sein beruflicher Einstieg beim Regierungspräsidium in Düsseldorf, wo er nach der Prüfung für den nicht-technischen Dienst im Wasserwirtschafts-Dezernat arbeitete. Bald jedoch folgte Peter Klaus Biesenbach seiner Neigung zur Justitia, absolvierte das Abitur auf dem Düsseldorfer Abendgymnasium und studierte in Köln.

Seine Studienzeit wurde von mehreren Auslandsaufenthalten geprägt („Ich wollte über die Grenzen gucken“), insbesondere im südostasiatischen Raum. Einen Teil seiner Referendarzeit absolvierte er Anfang der 90er-Jahre bei einem Kollegen am obersten indischen Gerichtshof in Delhi, wo er nachhaltige Eindrücke gewann. Nach dem zweiten Staats-examen ließ er sich als Anwalt in einer Sozietät nieder.



Peter Klaus Biesenbach (CDU)

Schon in frühen Jahren wuchs das Interesse für die Politik. Der heutige Landtagsabgeordnete trat bereits als 18-Jähriger der Jungen Union bzw. der CDU bei. Seit zehn Jahren ist er stellvertretender Vorsitzender der Union des Oberbergischen Kreises. Als Mitglied des Stadtrates Hückeswagen engagiert sich Peter Klaus Biesenbach seit 1975 in der Kommunalpolitik, seit der letzten Wahl im Herbst vergangenen Jahres gehört er auch dem Kreistag an und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Mit einer guten Portion Ehrgeiz und viel persönlichem Einsatz verfolgte er das Ziel, den Landtagswahlkreis 27 (Oberbergischer Kreis I) für seine Partei zu gewinnen – und er schaffte es beim dritten Anlauf. Fehlten beim ersten Mal noch mehr als 6 000 Stimmen, waren es dann nur noch gut 700, und im letzten Frühjahr holte er sogar einen Vorsprung von 2 000 Wählern für die Union heraus.

Die Liebe zum südostasiatischen Raum hat sich der Christdemokrat erhalten, und vor allem Indien ist das Ziel der Urlaubsreisen, wo er die während der Referendarzeit entstandene Freundschaften pflegt. Entspannung bieten auch der Griff zu einem Buch und die Fotografie. Doch derzeit steht die Landespolitik im Vordergrund. Und es ist für den Beobachter sicher, dass das Landesparlament des Öfteren auf den CDU-Abgeordneten aufmerksam wird.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 13. Dezember 2000 bis 23. Januar 2001

- 13.12. **Dr. Friedrich Wilke** (FDP), 57 J.  
 15.12. **Wilfried Kramps** (SPD), 61 J.  
 15.12. **Hans-Martin Schlebusch** (CDU), 54 J.  
 18.12. **Frank Sichau** (SPD), 53 J.  
 18.12. **Dietmar Brockes** (FDP), 30 J.  
 21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 49 J.  
 22.12. **Josef Wilp** (CDU), 62 J.  
 22.12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 53 J.  
 23.12. **Heinrich Bernhard Sahnen** (CDU),  
 54 J.  
 24.12. **Hans Frey** (SPD), 51 J.  
 25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 57 J.  
 29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 59 J.  
 30.12. **Oliver Keymis** (GRÜNE), 40 J.

1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 47 J.  
 6. 1. **Günter Garbrecht** (SPD), 51 J.  
 7. 1. **Christian Lindner** (FDP), 22 J.  
 7. 1. **Rainer Schmeltzer** (SPD), 40 J.  
 8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 56 J.  
 9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 51 J.  
 10. 1. **Peer Steinbrück** (SPD), 54 J.  
 13. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 41 J.  
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 61 J.  
 15. 1. **Dr. Georg Scholz** (SPD), 43 J.  
 17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 51 J.  
 18. 1. **Horst Engel** (FDP), 54 J.  
 19. 1. **Thomas Mahlberg** (CDU), 36 J.  
 19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 60 J.  
 20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 48 J.  
 23. 1. **Karl Peter Brendel** (FDP), 46 J.  
 23. 1. **Gabriele Gorcitzka** (SPD), 49 J.

★

**Winfried Schittges** (CDU), Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Verbandsversammlung Landschaftsverband Rheinland, gehörte der sechsköpfigen Jury an, die in Düsseldorf aus über 2 200 Zuschriften den Namen für die neue Rheinbrücke im Zuge der A 44 ermittelte. „Niederrheinbrücke“ soll die neue Autobahnverbindung über den Strom heißen. „Damit soll dokumentiert werden, dass die linke Rheinseite in diesem Bereich schon Niederrhein ist und gleichzeitig zur Region Düsseldorf, Mittlerer Niederrhein gehört“, lautete das Fazit der Jury.

★

**Karl-Heinz Rusche** (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 19. Januar 2001 seinen 60. Geburtstag. Der Kaufmann aus Oer-Erkenschwick wurde in Recklinghausen geboren. Er absolvierte nach dem Schulbesuch eine kaufmännische Lehre und legte 1958 die Kaufmannsgehilfenprüfung ab. Bis 1986 war er kaufmännischer Angestellter, seit 1987 ist er Einzelhandelskaufmann. Der SPD gehört Karl-Heinz Rusche seit 1958 an. Seit 1981 ist er Vorsitzender des Stadtverbandes Oer-Erkenschwick und seit 1975 Mitglied des Unterbezirksvorstandes Recklinghausen. Seit 1969 gehört der Politiker dem Rat der Stadt Oer-Erkenschick an und ist seit 1994 Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. Von 1975 bis 1985 war er Mitglied des Kreistages Recklinghausen, dem er seit 1990 wieder angehört. Karl-Heinz Rusche ist seit 1985 Mitglied des Landtages und dort ordentliches Mitglied im Ausschuss für Grubensicherheit, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Karl-Heinz Rusche ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Heimat des Weihnachtsbaums

Das ist die Landschaft, aus der die Weihnachtsbäume für Nordrhein-Westfalen kommen, das Sauerland. Auch die Eifel und das Siegerland liefern Bäume in die Ballungszentren. Die Heimat des Weihnachtsbaums ist jedoch das Sauerland. Dieser Meinung sind nicht nur die Hochsauerlandtouristik des Hochsauerlandkreises in Brilon und der Kreisverkehrsverband Südsauerland in Olpe, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger des Landes, die sich häufig ihre Bäume in dem naturschönen Mittelgebirge im westfälischen Teil von NRW selbst abholen. Dabei ist solches Vorhaben nicht ganz ungefährlich. Der ADAC hat einige Tipps zum Weihnachtsbaum-Transport mit dem Auto herausgegeben. Für einen verkehrssicheren Transport darf der Baum weder vorne noch seitlich über das Auto hinausragen. Zu empfehlen ist in jedem Fall am Stammende ein rotes Tuch anzubringen. Bremsleuchten dürfen nicht verdeckt sein und Bäume die Sicht beim Fahren nicht beeinträchtigen. Der ADAC warnt ferner vor manch lieb gewordener Marotte: Ein im Auto auf Armaturenbrett oder Hutablage installierter kleiner Weihnachtsbaum mit bunten Lichtern mag zwar die Vorfreude auf das Fest erhöhen, ist aber verboten. Die Freude beim Fest selbst ist dagegen für die meisten ohne Weihnachtsbaum nicht vollkommen. Ihn gibt es bereits seit der Zeit der Reformation. In schlechten Zeiten hat er mit seinem sanften Kerzenlicht an Weihnachten Trost gespendet. Dass er sozusagen einen emotionalen Wert darstellt, konnte auch Heinrich Bölls süffisante Weihnachtsgeschichte nicht mindern. Im Sauerland können sich Besucher indessen auch außerhalb der weihnachtlichen Session an den kleinen und großen Tannen erfreuen. Bei Spaziergängen und Wanderungen macht das Nadelgehölz die Natur zum Erlebnis.